

Die Republikaner im Stadtrat Chemnitz

Annekathrin Giegengack
Politikwissenschaftlerin (MA)
Stadträtin, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Chemnitz, Mai 2009

Vorwort

2009 wird auch in Chemnitz wieder gewählt und auf vielen Wahlplakaten ist der Name einer neuen Bürgerliste zu lesen: PRO CHEMNITZ.DSU. Doch nicht die Bürgerliste, nur der Name ist neu. Bereits vor fünf Jahren traten eine Reihe dieser Bürger unter dem Listennamen DIE REPUBLIKANER für die Kommunalwahl in Chemnitz an und schafften den Sprung in den Stadtrat. Wie haben sich die Republikaner seit dem in den politischen Diskurs eingebracht? Welche Strategien haben sie verfolgt? Wie sind die Mandatsträger der anderen Parteien mit den Stadträten der Republikaner umgegangen? Wo könnten die Gründe für den Wahlerfolg der Republikaner liegen? Diesen Fragen geht die vorliegende Arbeit nach.

Anliegen ist vor allem, über das politische Agieren der Republikaner im Chemnitzer Stadtrat zu informieren, denn eins ist nicht von der Hand zu weisen, bei den Redebeiträgen der Republikaner im Stadtrat finden sich immer wieder Äußerungen, die eindeutig als rechtsextremistisch bzw. faschistisch einzuordnen sind. Da ist bei der Diskussion zur Schulnetzplanung vom „um sich greifenden Volkstod“ die Rede, vor der vielfältigen „Verwahrlosung im Zuge der multi-kulturellen Gesellschaft“ könne man sich nur durch eine „Flucht ins kulturell deutschere Umland“ schützen und im Zusammenhang mit dem Gedenken an die Zerstörung von Chemnitz wird behauptet, die Überzeugung, dass der Krieg von Deutschland ausging, sei heute überholt.

Inwieweit die Chemnitzer, die vor fünf Jahren die Republikaner in den Stadtrat gewählt haben, ihre rechtsextremen Einstellungen tatsächlich teilen oder das Wahlergebnis Ausdruck von Unzufriedenheit, also als Protest zu verstehen ist, kann nicht abschließend geklärt werden. Diese Arbeit will deutlich machen, dass die Republikaner im Stadtrat, keine „soliden Leute mit zukunftsweisenden, vernünftigen Ansichten“ sind, wie Reinhold Breede, Mitbegründer von PRO CHEMNITZ.DSU sich ausdrückt. Sie benutzen den Stadtrat vielmehr als Bühne, um völkischem Nationalismus, Geschichtsrevisionismus, Fremdenfeindlichkeit und einem autoritär-hierarchischen Familienbild das Wort zu reden.

Gliederung

0. Die Fraktion DIE REPUBLIKANER	4
1. Politischer Diskurs und Strategie	5
1.1. Fraktionserklärungen und Redebeiträge der Republikaner	5
1.2. Beschluss- und Änderungsanträge der Republikaner	12
1.3. Stadtratsanfragen der Republikaner	14
2. Politische Kultur	16
2.1. Umgang der Vertreter anderer Parteien mit den Stadträten der Republikaner	16
2.2. Umgang der Verwaltungen mit den Stadträten der Republikaner	22
3. Politische Etablierung	23
3.1. Interpretation der Kommunalwahlergebnisse der Republikaner im kommunalen Kontext	23
3.2. Interpretation der Kommunalwahlergebnisse der Republikaner im Kontext der Landtags und Bundestagswahlen	29
4. Anhang	34
4.1. Begründung zu BA-5/1999 Anti-Wehrmachts-Ausstellung Martin Kohlmann (09.02.2000)	
4.2. Fraktionserklärung aus aktuellem Anlass - Bericht Ausländerbeauftragte und Wahl des Ausländerbeirats - Martin Kohlmann (24.11.2004)	
4.3. Fraktionserklärung aus aktuellem Anlass - 60. Jahrestag Kriegsende Martin Kohlmann (20.04.2005)	
4.4. Fraktionserklärung aus aktuellem Anlass -17 Jahre Wende Michael Haubold (11.10.2006)	
4.5. Redebeitrag zu B-123/2008 - Rahmenplan zur Integration von Migranten in Chemnitz Cornelia Horn (11.06.2008)	
4.6. Fraktionserklärung aus aktuellem Anlass - Beseitigung des Wandbildes von Benjamin Jan Zschocke - Martin Kohlmann (29.04.2009)	

0. Die Fraktion DIE REPUBLIKANER

Mit einem Stimmenanteil von insgesamt 1,96 % bei der Kommunalwahl zogen die Republikaner 1999 mit Martin Kohlmann erstmals in den Stadtrat von Chemnitz ein. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Rat konnte er jedoch keinen Platz in einem Ausschuss, Aufsichtsrat oder Beirat besetzen. Fünf Jahre später zur Kommunalwahl 2004 errangen die Republikaner 10,28 %. Daraufhin zogen die Republikaner Martin Kohlmann und Michael Haubold, die Parteilosen Cornelia Horn und Elke Reuter-Kazackin sowie der DSU-Ortschaftsrat Roland Naumann in den Chemnitzer Stadtrat ein. Trotz Heraufsetzung der Fraktionsgröße von drei auf vier Mitglieder konnten die Republikaner nun eine Fraktion bilden sowie jeweils einen Sitz im Verwaltungs- und Finanzausschuss, Schulausschuss, Sozialausschuss, Kultur- und Sportausschuss sowie im Betriebsausschuss erlangen. Darüber hinaus bekam Martin Kohlmann einen Platz im Verbandsrat des Sparkassenzweckverbands und im Aufsichtsrat der GGGmbH. Cornelia Horn wurde Mitglied im Aufsichtsrat des Fortbildungszentrums Chemnitz gGmbH.

Elke Reuter-Kazackin trat kurz nach ihrer Wahl von ihrem Mandat zurück, woraufhin der bereits als Fraktionsgeschäftsführer tätige Republikaner Peter Grüning im November 2004 in den Stadtrat nachrückte, jedoch wegen fraktionsinterner Auseinandersetzungen 2006 die Fraktion wieder verließ. Geschäftsführer der Fraktion wurde daraufhin der parteilose ehemalige Burschenschafter Benjamin Jan Zschocke. Für den im Dezember 2008 verstorbenen Roland Naumann rückte Anfang 2009 der Republikaner Jan Friedemann in den Stadtrat nach. 2005 trat Martin Kohlmann nach parteiinternen Querelen aus der Partei aus. Zwei Jahre später zeigte die Fraktion eine Namensänderung in „DIE REPUBLIKANER/DSU“ bei der Oberbürgermeisterin an. Dieser Änderung wurde von Seiten der Verwaltung jedoch nicht stattgegeben. Daraufhin zog die Fraktion vor das Verwaltungsgericht und bekam Recht, wogegen die Verwaltung jedoch Beschwerde einlegte. Noch bevor eine endgültige Entscheidung gefällt werden konnte, zeigte die Fraktion 2009 erneut eine Namensänderung - diesmal in „PRO CHEMNITZ.DSU“ - bei der Oberbürgermeisterin an. Eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts dazu steht noch aus.

In dieser Arbeit wird ausnahmslos die Bezeichnung Fraktion DIE REPUBLIKANER oder nur die Republikaner verwendet. Zum einen zogen 1999 und 2004 die Stadträte dieser Fraktion über die Liste DIE REPUBLIKANER in den Stadtrat ein. Zum anderen wählten die Stadträte bei der Bildung ihrer Fraktion im Jahr 2004 selbst diesen Namen, obwohl damals schon neben den zwei Republikanern auch ein DSU Mitglied und zwei Parteilose der Fraktion angehörten.

1. Politischer Diskurs und Strategie

1.1. Fraktionserklärungen und Redebeiträge der Republikaner

Die Republikaner nutzten bisher alle ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, sich am politischen Diskurs im Stadtrat zu beteiligen. Sie gaben regelmäßig in den Stadtratssitzungen Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass ab (seit 2004), begründeten Beschluss- und Änderungsanträge und meldeten sich bei der Verhandlung von Beschlussvorlagen der Verwaltung oder Beschlussanträgen anderer Fraktionen ausführlich zu Wort.

Die von Martin Kohlmann verlesenen Fraktionserklärungen, seine Antragsbegründungen und Redebeiträge sind in ihrer Art sehr verschieden. Neben politisch-ideologischen Erklärungen finden sich ebenso kurze Anmerkungen zu Stadtratsvorlagen, Geschäftsordnungshinweise und Auslassungen rein rechtlicher Art. Thematisch ist Martin Kohlmann nicht festgelegt. Die von dem stellvertretendem Fraktionsvorsitzenden Michael Haubold abgegebenen Erklärungen weisen einen unverwechselbaren Stil auf. Kennzeichnend für ihn sind ideologisch, mit Zitaten, Wortspielereien und langen Aufzählungen verbrämte Redebeiträge. Thematisch kreist Haubold um die Inhalte DDR-Unrecht/Wende, Ausländer und Werteverfall. Die Wortbeiträge von Cornelia Horn ähneln denen von Michael Haubold, kolportieren dazu häufig noch Verschwörungstheorien. Ihre Themen sind vor allem Familie, Ausländer und Umwelt. Der verstorbene DSU-Ortschaftsratsrat Roland Naumann gab im Stadtrat nur eine größere Erklärung zur Reform der Ortschaftsratsverfassung ab. Der aus der Fraktion ausgetretene Peter Grüning und der für Roland Naumann nachgerückte Jan Friedemann haben sich bisher nicht zu Wort gemeldet.

Charakteristisch für die Wortbeiträge der Republikaner ist ein ausgeprägtes Schwarz-Weiß-Denken. Als Anhänger des „Wahren und Guten“ kämpfen sie gegen das „Schlechte und Böse“ in der Welt. Dem Absolutheitsanspruch entspricht ein gewisses Sendungsbewusstsein. Nicht selten werden die politischen Gegner herabgesetzt oder beleidigt.¹ Bei den Redebeiträgen der Republikaner finden sich Äußerungen, die eindeutig rechtsextremistische bzw. faschistische² Einstellungen zum Ausdruck bringen:

Übersteigter bzw. völkischer Nationalismus

Ausgangspunkt ist die Überzeugung von einer naturgegebenen Zugehörigkeit von Menschengruppen zu einem als Ethnie (Abstammungseinheit) verstandenen Volk oder Nation. Das Volk wird als gewachsenes, homogenes Wesen aufgefasst, welches vor Überfremdung geschützt werden muss.

¹ So wurde der Stadtrat zum *Nickeselkabinett*, die Oberbürgermeisterin zur *FDJ-Sekretärin* und der Bürgermeister D1 Herr Brehm zum *Bilderstürmer*, *Taliban* und *Kulturkannibalen*. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen wurde als *geistiger Krüppel*, der Fraktionsvorsitzende der Linken als *Nazi* beschimpft. Dem Fraktionsvorsitzende der SPD wurde die Karl-Eduard von Schnitzler Medaille von den Republikanern verliehen.

² Der Extremismusbegriff ist nicht unumstritten, hinsichtlich der zum Rechtsextremismus bzw. Faschismus zählenden Einstellungen herrscht jedoch relative Einigkeit.

„Bei einer solchen Geisteshaltung von angeblichen Volksvertretern ist es kein Wunder, dass das Volk zu Grunde geht. Und keiner der führenden Politiker kommt auf die Idee, die dringend erforderlichen und überlebenswichtigen Maßnahmen gegen die Vergreisung und den immer weiter um sich greifenden Volkstod einzuleiten. Statt eine längst überfällige Familienförderung in die Wege zu leiten, werden Völkermassen fremder Ethnien ins Land geholt mit dem Argument, das Geburtendefizit ausgleichen zu wollen.“³

„Heutzutage wird doch alles über Bord geworfen, was bisher generationsübergreifend, familienverbindend und damit volkserhaltend also als lebens- ja sogar überlebenswichtig galt. Da wir aber fortschrittlich sein wollen, schreiten wir also fort und verlassen somit fundamentale Sicherheit und Ordnung und ebenso Ethik und Moral, und wenden uns gesellschaftlichen Randerscheinungen und nicht überlebensfähigen Experimenten zu.“⁴

Geschichts-Revisionismus

Anliegen ist das Umschreiben der deutschen Geschichte. So werden die Verbrechen des Nationalsozialismus z.B. durch Gleichsetzung verharmlost oder ganz geleugnet, die „guten Seiten“ des III Reichs betont und die deutsche Kriegsschuld relativiert oder bestritten.

„Gerade in so einer Zeit müssten dann aber alle Verbrechen der großen Kriege der letzten Zeit gezeigt werden. Das sind zweifelsohne die Verbrechen der Wehrmacht und die noch schlimmeren Verbrechen der SS. Aber, bitte schön, sind das dann auch die der Roten Armee, die denen in nichts nachstehen. Dann möchte ich da drinne auch sehen die militärisch völlig sinnlosen Massaker an einer wehrlosen Zivilbevölkerung durch den alliierten Bombenterror in Dresden, Hiroshima, Nürnberg und nicht zuletzt auch Chemnitz, die Massenmorde der Tito Partisanen, die entsetzlichen Kolonialkriege der westeuropäischen Länder gegen die Völker Afrikas, der Napalmangriff auf Vietnam und nicht zuletzt die beiden rechtswidrigen Angriffskriege, die nach 45 von Deutschland ausgegangen sind, nämlich 1968 gegen die Tschechoslowakei und 1999 gegen Jugoslawien.“⁵

„Werte Damen und Herren, die Ausstellung ‚Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht‘ ein längst überfälliger Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung, wie manche sagen, oder doch eher die raffinierteste Darstellung historischer Irreführung, die in unserem Land seit dem Dritten Reich unternommen wurde, wie Kritiker sagen?“ Der Form nach handelt es sich hier um eine neutrale Gegenüberstellung von zwei verschiedenen Bewertungen einer Ausstellung. Inhaltlich handelt es sich um die geschickte Einführung einer rechtsextremistischen Verschwörungsthese in die Debatte, die im Anschluss beispielhaft ausgeführt wird. *„Schon von Anfang an wurde die Ausstellung kritisiert und einzelne Objekte als Fälschung ausgewiesen.... Doch erst das engagierte Eintreten der Geschichtswissenschaftler Bogdan Musiol aus Polen und*

³ Redebeitrag zur Vorlage B002/2009 Schulnetzplanung - Cornelia Horn, Wortprotokoll vom 21.1.2009.

⁴ Fraktionserklärung aus aktuellem Anlass - Michael Haubold, Wortprotokoll vom 27.02.2008

⁵ Begründung zu BA 5/1999 Anti-Wehrmachts-Ausstellung - Martin Kohlmann, Wortprotokoll vom 09.02.2000.

Krisztian Ungvary aus Ungarn konnte die Ausstellung zu Fall bringen.“⁶ Die Botschaft lautet: Die Ausstellungsmacher haben zur Irreführung der Besucher bewusst und offensichtlich Geschichtsmaterial gefälscht und dieses Komplott konnte erst durch den persönlichen Einsatz von zwei internationalen - also unabhängigen - Wissenschaftler gestoppt werden.

„Das ist diese doppelte Einseitigkeit, die diese Schau [die Wehrmachtsausstellung] im Prinzip benutzt und die sie zu bloßer Stimmungsmache werden lässt, die nichts mit einer sauberen historischen Arbeit zu tun hat. Das sind im Prinzip Goebbels-Methoden.“⁷ Mit diesem rhetorischen Mittel wird versucht, nicht nur die negative Konnotation des singulären Begriffs „Goebbels-Methoden“ auf einen anderen Sachverhalt zu übertragen, sondern gleichzeitig den durch den Begriff beschriebenen Sachverhalt zu verharmlosen.

„Fakt ist aber, wer das, was unserem Land 45 und danach passiert ist, als einzige und unmittelbare Folge von einem 1.9.39 begreift oder darstellt, der hat genauso wenig Ahnung von Geschichte wie diese Leute, die sagen zwischen dem 1.9.39 und diesen Ereignissen gäbe es keinen Zusammenhang.“⁸

„... Und solange sie das Gedenken nicht neutral halten wollen, sondern immer in eine bestimmte antideutsche Richtung zerren, solange müssen wir in die andere Richtung wirken. Solange in den Reden der Oberbürgermeisterin gebetsmühlenartig jedes Jahr der Krieg dorthin zurückkehrt von wo er angeblich kam, nämlich vom Bernsdorfer Kinderheim - nein - aber zumindest aus Deutschland, solange müssen wir dem eben widersprechen. Liebe Frau Oberbürgermeisterin, dass der Krieg allein von Deutschland ausging, das war vielleicht das allgemeine Wissen zu der Zeit als Sie noch Lehrerein waren. Das ist ein paar Jahre her, seit dem wurden einige Archive geöffnet und Dokumente veröffentlicht. Es ist mittlerweile weithin bekannt wie lange und intensiv die deutsche Regierung eine friedliche Lösung versuchte und welche großen Zugeständnisse sie sogar zur Lösung der damals schon lange schwelenden Konflikte anbot. Es waren damals andere, die diese Bemühungen ... Aber vor solchen unbequemen Wahrheiten werden sie auch weiterhin mit aller Kraft die Augen schließen.“⁹

„Jedes System der Weltgeschichte hat bisher seine Feindbilder gebraucht, benutzt oder auch sich selber welche geschaffen, um seine Existenz zu sichern. Diese Informationsvorlage in Verbindung mit der tausendfachen Auflage einer Broschüre dient doch nur dazu, ein Phantom herbeizuspekulieren, um von politischer Inkompetenz und personellem Versagen abzulenken - siehe die Hakenkreuzheldin von Mittweida.

Oberbürgermeisterin: Herr Kohlmann, jetzt würde ich Sie bitten, wirklich zu Ende zu kommen.

Herr Kohlmann: Die Wahrheit wird uns frei machen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.“¹⁰

⁶ ebda.

⁷ ebda.

⁸ Fraktionserklärung aus aktuellem Anlass – Martin Kohlmann, Wortprotokoll vom 20.4.2005.

⁹ Erklärung aus aktuellem Anlass – 5. März Gedenken an die Zerstörung von Chemnitz - Martin Kohlmann, Wortprotokoll vom 19.3.2008.

¹⁰ Fraktionserklärung aus aktuellem Anlass - Martin Kohlmann, Wortprotokoll vom 26.11. 2008.

„Wahrheit macht frei“ ist ein Dokumentarfilm von 1991, der anhand von Interviews mit führenden Neonazis und Holocaustleugnern sowie Archivmaterial von konspirativen Treffen den Zustand der deutschen Neonaziszene kurz nach der Wende aufzeigt und deren internationalen Verquickungen, die bis ins Europaparlament reichen.

Dekadenz-Theorie

Ausgangspunkt ist ein autoritär-konservatives, hierarchisches Familien- und Gesellschaftsbild. Vor diesem Hintergrund wird ein sittlicher Verfall von Kultur und Gesellschaft nach 1945, besonders nach 1968 identifiziert. Familie, Kultur, Moral, bürgerliche Tugenden gelten aufgrund sexueller Freizügigkeit, Individualisierung, ausufernder Massenmedien und Fehlen von Autorität als gefährdet.

„Der allgemeine kulturelle Werteverfall von den Medien beschönigend auf einen ominösen Bildungsnotstand reduziert, hat bei uns in Deutschland ebenso bei uns in Chemnitz Hochkonjunktur... Auf Seite 5 dieser 3. Ausgabe von „Q-rage“ werden nun Schüler sozusagen aller Altersklassen mit Hilfe von pubertären Gefühlsduselei gegen jede ärztliche und wissenschaftliche Erkenntnis aber durch eine weltweit subventionierte Homo- und Schwulenlobby systematisch verblendet und irregeleitet. Man kann das ganze Theater besagten Lobbyisten als Propagandafeldzug an den Schulen bezeichnen. Bevölkerungspolitisch ist nicht nur eine Aufwertung der Familie zwischen Mann und Frau und somit die Rolle der Mutter als Quelle der schöpferischen Lebensgestaltung von oberster Wichtigkeit, sondern auch gerade vom medizinischen Standpunkt ausdenken intakte Familien erheblich das viel geklagte oder viel beklagte Aidsrisiko. Allen denen noch Familie und Kinder ehrliche Herzenssache ist, dürften diese Dinge nicht gleichgültig sein.“¹¹

„Jeder Mann, der mit offenen Augen durch unser Land und unsere Stadt geht, kann die zunehmende finanzielle geistig moralische und kulturelle Verarmung unserer Menschen beobachten. Wenn der Förderung der Integrationen unserer Stadt schon lange einen hohen Stellenwert beigemessen worden sein soll, dann ganz gewiss nicht bei den Chemnitzern, die gezwungen werden die Lasten dieses folgenschweren Vorhabens mit ihren Steuergeldern zu finanzieren und auch nicht bei den Chemnitzern auf der Schattenseite, die dies mit sozialer und kultureller Verarmung für die mit Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit bezahlen müssen.“¹²

„...Es geht aber um die Beeinflussung der Kinder durch die Verstaatlichung der Erziehung, also auf dem Weg zum neuen Gen der Menschen. Schon ab zehn Jahren setzen in den Schulen die Werbungs- und Schulungsmaßnahmen zur Homosexualität ein. Auch eine Handreichung für weiterführende Schulen ist eine ausgefeilte Anleitung zur Homosexualisierung der Schüler. Weil es alles drin steht, ihr müsst es bloß mal lesen.[...] Eine offene Diskussion über Gender Mainstreaming hat es bis jetzt aus gutem Grund nicht gegeben. Würde die Bevölkerung wirk-

¹¹ Fraktionserklärung aus aktuellem Anlass - Michael Haubold, Wortprotokoll vom 27.02.2008.

¹² Redebeitrag zu B-123/2008 - Rahmenplan zur Integration von Migranten in Chemnitz - Cornelia Horn, Wortprotokoll vom 11.06.2008.

lich über die Hintergründe und Ziele aufgeklärt, wäre der dahinter steckende oder stehende krankhafte Geist sichtbar und das Prinzip GM wäre verbannt. Eine große Vorsicht in der fremdbetreuten Kinder- und Jugendarbeit ist geboten, damit wir dieser naturfeindlichen Theorie durch Aufklärung entgegentreten können, denn kaum einer weiß, was wirklich hinter Gender steckt.“¹³

„Unser Volk hat sich des eigenen Nachwuchses beraubt und unsere Zukunft verspielt. Völlig falsche Wertevorstellungen - wie z. B. die Forderung nach Abschaffung der traditionellen Ehe oder linksextreme Parolen wie: „Monogamie ist keine Lösung.“ durch die Jugendorganisation der Bundespartei Bündnis 90/ Die Grünen oder „Mein Bauch gehört mir.“ mit den Folgen millionenfacher staatlich bezahlter Abtreibungen sowie die Zerstörung der Identität des Menschen, der Identität von Mann und Frau durch Gender Mainstreaming, das durch das CDU-Familienministerium von der Leyen zum Programm erhoben worden ist, sind einige der Hauptursachen dieser Entwicklung.“¹⁴

Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus

Hinter Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus steht letztlich die Überzeugung von der Ungleichheit der Menschen. Ausgangspunkt ist auch hier die Gesellschaft als Volkskörper, der durch politische, kulturelle und ethnische Überfremdung gefährdet ist. Abgelehnt werden jedoch nur ganz bestimmte ethnische, rassistisch und/oder kulturell als fremd erscheinende Gruppen, die von der eigenen, meist nicht genau definierten Norm abweichen.

„Der sogenannte Anspruch auf Integration heißt im Klartext nicht anderes als die Forderung und Ansiedlung von noch mehr Ausländern innerhalb der Staatsgrenzen der BRD, bei gleichzeitiger Benachteiligung der Mehrheit der deutschstämmigen Bevölkerung. Alles was fremd ist wird gefördert, alles Deutsche wird verdrängt und sogar ausgegrenzt und verwahrlost. Das Wort Integration wird in seiner Bedeutung völlig falsch interpretiert und es bedeutet nichts anderes als Verbindung Einordnung eines Gliedes in ein Ganzes praktisch eines Gliedesgruppe in ein Volk... Die Zuwanderungs- und Integrationspläne beruhen unserer Meinung nach auf einer Lüge, sind eine Diktatur gegen das deutsche Volk mit dem Endergebnis der völligen Auflösung der Souveränität, der materiellen Enteignung der Gemeinschaft und des Einzelnen sowie der kulturellen Auslöschung des Volkes. Vor diesem Hintergrund erübrigt sich eigentlich jedes weitere vernünftige Wort zu dieser Beschlussvorlage.“¹⁵

„Also, es gibt ja zwei Sorten von Ausländern in diesem Land. Die, die sich freiwillig und selbständig integrieren und die, die nicht hierher gehören. In diese zwei Gruppen kann man das getrost einteilen. Die einen integrieren sich selber, die brauchen ihren Antrag nicht und mit

¹³ Redebeitrag zu B-156/2008 Ausbau Tätigkeitsbereich Gleichstellungsstelle - Michael Haubold, Wortprotokoll vom 09.07.2008.

¹⁴ Redebeitrag zu B-002/2009 Schulnetzplanung - Cornelia Horn, Wortprotokoll vom 21.01.2009.

¹⁵ Redebeitrag zu B-123/2008 - Rahmenplan zur Integration von Migranten in Chemnitz - Cornelia Horn, Wortprotokoll vom 11.06.2008.

manchen geht das nicht. [...] Liebe SPD-Vertreter, es gibt Leute und es gibt Ansichten, die lassen sich nicht integrieren. Es gibt Leute mit Ansichten, die in unsere Grundordnung hier nicht rein passen und da helfen auch 20 von solchen Anträgen nicht weiter. [...] Und das wird die Leute da draußen auch interessieren, dass es hier drin nur eine Fraktion gab, die diesen Unsinn den Bach runter geschickt hat. Das es hier eben nur ein paar wenige Leute gibt, die dieses Zeug nicht mit machen. Die eben sagen, Deutschland soll das Land der Deutschen bleiben.“¹⁶

„Soziale Brennpunkte, hervorgerufen durch kulturelle Verwahrlosung im Zuge der multi-kulturellen Gesellschaft, sowie ein sinkendes Bildungsniveau, unter anderem auf Grund fehlender Deutschkenntnisse, sind die Folgen dieser Entwicklung. Das Potential für Drogen, Gewalt und soziale Unruhen wird sich mit Sicherheit auch an einigen Mittelschulen weiter verstärken. Diese von mir genannten Zustände habe ich nicht aus der Luft gegriffen, sondern können durch Gespräche mit unterschiedlichen Eltern belegt werden. Ist es daher nicht verständlich, wenn Eltern ihre Kinder an die Schulen ins Umland schicken, um sie vor den zweifelhaften Segnungen der ihnen aufdiktierten multi-kulturellen Gesellschaft zu schützen? Da können sie noch so viele bunte Gärten errichten - den Eltern wird es allmählich zu bunt, und die Flucht der Eltern mit ihren Kindern ins kulturell deutschere Umland werden sie damit nicht verhindern.“¹⁷

Demokratie- und Parlamentarismuskritik

Ausgangspunkt ist hier die Annahme der Existenz eines einheitlichen vorgegebenen und rational erkennbaren Volkswillens. Anliegen ist es, die „pervertierte bzw. Scheindemokratie“ durch eine „wahre (autoritär geführte) Volksgemeinschaft“ zu ersetzen. Zum Ausdruck gebracht wird diese Demokratiekritik häufig durch sogenannte Verschwörungstheorien, die darauf abstellen, dass der wahre Volkswille durch fremde Mächte manipuliert oder missachtet wird.

„Bis heute, so scheint es mir, wurde dieses System [das sozialistische] entweder noch nicht überwunden oder schon wieder, nur jetzt raffinierter getarnt, neu installiert.“¹⁸

„Sehr geehrte Damen und Herren, das am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz ist ein Gesetz gegen den Mehrheitswillen des Souveräns unserer angeblichen Demokratie.“¹⁹

„Gehört das heute schon zum Wirtschaftsmonopoly bei Summen über 1 Million die Augen zuzudrücken, wenn man sich rechtzeitig vielleicht mit einem Anwalt bis hin zu alten Seilschaften aus der Vergangenheit verständigt, um dann auf einer Urlaubsinsel unbehelligt sein Auskom-

¹⁶ Redebeitrag zu BA-20/2007 Konzeption zur Integration von Migranten – Martin Kohlmann, Wortprotokoll vom 18.7.2007.

¹⁷ Redebeitrag zu B-002/2009 Schulnetzplanung - Cornelia Horn, Wortprotokoll vom 21.1.2009.

¹⁸ Fraktionserklärung aus aktuellem Anlass - Michael Haubold, Wortprotokoll vom 11.10.2006.

¹⁹ Redebeitrag zu B-123/2008 - Rahmenplan zur Integration von Migranten in Chemnitz - Cornelia Horn, Wortprotokoll vom 11.06.2008.

*men zu genießen. Die Medien, die sich sonst auf jeden vorgeworfenen Hundeknochen stürzen, scheinen auch plötzlich kein Interesse mehr für diesen Fall zu haben. Nur ein Falschparker oder jener, der in der Öffentlichkeit ein falsches, politisch vielleicht unkorrektes Wort gebraucht wird im Falle der Uneinsichtigkeit die ganze Härte der Ordnungshüter unter Ausschöpfung der Gerichtsbarkeit zu spüren bekommen.*²⁰

*„Der Freistaat Sachsen und auch die Stadt Chemnitz verfügen über genügend Möglichkeiten, diese merkwürdigen Geschehnisse zu hinterfragen und ihnen auf die Spur zu kommen. Aber das ist von den Verantwortlichen offensichtlich nicht gewollt. Bitte denken sie darüber nach, denn diese Beschlussvorlage wird die Feinstaubbelastung mit Sicherheit weder in Chemnitz noch anderswo nennenswert reduzieren. Reduziert wird lediglich das Geld aus den Taschen des Steuerzahlers sowie des einfachen Bürgers. Es besteht zu dem der dringende Verdacht, dass mit unser alle Geld die Luftverschmutzung am Himmel auch noch bezahlt wird, sei es zur Wettermanipulation oder um kranke Menschen zu schaffen, um dem Profitstreben der Rüstungs- und Pharmaindustrie gerecht zu werden. Wir Menschen werden gezwungen unsere eigene Vergiftung zu bezahlen, dürfen uns dabei auch noch einbilden etwas Gutes für die Umwelt zu tun. Dies ist Schizophrenie und auch noch ein Teilgebiet eines zeitlich genialen Plans zur Verführung und Beherrschung der Menschheit, bei dem Ziele vorgegeben werden, um genau das Gegenteil zu schaffen. Unsere Fraktion hat das jedenfalls erkannt und wird daher dieser BV nicht zustimmen.*²¹

*„Werte Damen und Herren, dass wir und Sie hier und heute als demokratisch und frei vom Volk gewählte Fraktionsmitglieder in diesem Ratssaal mitbestimmen können, verdanken wir dem Grundgesetz. Genauer gesagt, den Vorschriften über Gleichbehandlungsgrundsätze, Meinungs- und Pressefreiheit, über das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und das der Unabhängigkeit der Justiz. Leider gibt es bei uns aber Kräfte an den Hebeln der Macht, die immer wieder die Regeln des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates mit Füßen treten. Besagte Gegner der freiheitlichen Grundordnung unseres Landes würden diese Errungenschaften gern abschaffen und sie unternehmen alles nur denkbare, nämlich sie höhlen die Grundrechte nach Kräften aus und unterminieren die Freiheit, wo es nur geht.*²²

*„In diesem Land werden mit Kommunisten Regierungen gebildet, aber anständige Bürger mit konservativer Gesinnung werden diffamiert. Man hat sich in diesem Kontext auf die Formel geeinigt: Rechts gleich kriminell. Diese Wahnsinnskampagne zur Diffamierung aller Konservativen und Rechten dient letzten Endes dazu, vom großen politischen wie auch wirtschaftlichen Versagen der Regierung abzulenken, um eine wirklich demokratische Selbstbestimmung unseres Volkes von Vornherein auszuschließen.*²³

20 Fraktionserklärung aus aktuellem Anlass - Michael Haubold, Wortprotokoll vom 15.3.2006.

21 Redebeitrag zu B-173/2008 - Luftreinhalteplan - Cornelia Horn, Wortprotokoll vom 9.7.2008.

22 Redebeitrag zu B-178/2008 - Rahmenkonzept Lokaler Aktionsplan - Michael Haubold, Wortprotokoll vom 10.09.2008.

23 Fraktionserklärung aus aktuellem Anlass - Beseitigung des Wandbildes von Benjamin Jan Zschocke - Martin Kohlmann, Wortprotokoll 29.4.2009.

1.2. Beschluss- und Änderungsanträge der Republikaner

Das Einbringen von Beschlussanträgen durch Fraktionen oder fraktionslose Stadträte in den Stadtrat von Chemnitz ist in der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Chemnitz geregelt. Gemäß § 9 Absatz 5 bedürfen Beschlussanträge der Zustimmung eines Fünftels der Stadtratsmitglieder (Quorum), um auf die Tagesordnung des Stadtrates gesetzt zu werden. Seit einer Geschäftsordnungsänderung im August 2004 ist die Einholung des Quorums nur noch in schriftlicher Form - also durch die Unterschrift von 11 Stadträten - möglich.²⁴

Die Republikaner brachten zwischen 1999 und 2004 insgesamt drei Beschlussanträge in den Chemnitzer Stadtrat ein. Zwei der drei Anträge erhielten das erforderliche Quorum und wurden in einer der folgenden Sitzungen des Stadtrates verhandelt. Dem dritten Beschlussantrag der Republikaner wurde bei der Abstimmung im Stadtrat das erforderliche Quorum verweigert. Seit der Geschäftsordnungsänderung vom August 2004 brachten die Republikaner keinen Beschlussantrag mehr in den Stadtrat ein.

Gegenstand des ersten Beschlussantrages (BA-5/1999) war die Wehrmachtsausstellung. Auf Initiative der Grünen hatte der Stadtrat im September 1997 den Beschluss gefasst, die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung in Chemnitz zu zeigen. Im November 1999 - also zeitgleich mit dem vorläufigen Rückruf der Ausstellung durch das Reemtsma Institut, aufgrund nachgewiesener Fehler bei der Zuordnung verschiedener Fotos - reichte Martin Kohlmann seinen Beschlussantrag ein, der vorsah, den 1997 gefassten Stadtratsbeschluss zu revidieren und die Wehrmachtsausstellung in Chemnitz nicht zu zeigen. Im Februar 2000 kam BA -5/1999 auf die Tagesordnung und wurde im Stadtrat kontrovers diskutiert. Während der Debatte verließen mehrere Stadträte den Saal (siehe Redebeitrag Martin Kohlmann unter 4.1.). Bei der namentlichen Abstimmung wurde der Antrag mit 53 zu 1 Stimmen abgelehnt.

Der zweite Beschlussantrag von Martin Kohlmann (BA-22/2001) forderte die Aberkennung der zu DDR-Zeiten verliehenen Ehrenbürgerschaft an Anastas Iwanowitsch Mikojan. Der Stellvertreter Stalins (1949 - 53) und spätere Staatspräsident der Sowjetunion war mitverantwortlich für das Massaker von Katyn. Ausgehend von der Verwaltungsstellungnahme, dass eine Streichung von Personen aus der Ehrenbürgerliste rechtlich nicht möglich sei, reichte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Änderungsantrag zum Beschlussantrag von Martin Kohlmann ein, der vorsah, Mikojan in städtischen Veröffentlichungen einschließlich Internet nicht mehr als Ehrenbürger von Chemnitz aufzuführen. Nach einer kurzen Debatte wurde der Änderungsantrag der Grünen zur Abstimmung gebracht und beschlossen, somit war der Antrag

²⁴ Bis dahin war das Quorum auch durch Abstimmung im Stadtrat einholbar. Im August 2004 legte die Verwaltung dem neu gewählten Stadtrat eine umfangreiche Änderung der Geschäftsordnung vor, die neben der Abschaffung des Wortprotokolls, die Veränderung der Fraktionsgröße von 3 auf 4 Stadträte auch die Streichung der Möglichkeit der Einholung des Quorums durch Abstimmung im Stadtrat beinhaltete. Diese Geschäftsordnungsänderung wurde mit geringen Korrekturen von der Mehrheit des Stadtrates trotz Einwände der kleinen politischen Gruppierungen beschlossen.

von Martin Kohlmann obsolet.

Im Mai 2004 versuchte Martin Kohlmann seinen dritten Beschlussantrag BA-8/2004 „Gewährung der mit dem Chemnitzpass verbundenen Vergünstigungen“ in den Stadtrat einzubringen. Dieser Antrag erhielt bei der Abstimmung jedoch nicht das erforderliche Quorum und wurde somit nicht im Stadtrat verhandelt.

Diesen drei Beschlussanträgen steht eine relativ große Anzahl von Änderungsanträgen von Beschlussvorlagen der Verwaltung oder Beschlussanträgen anderer Fraktionen gegenüber, die kein Quorum benötigten. Allerdings erhielt keiner dieser Änderungsanträge, sofern er überhaupt abgestimmt wurde, eine Mehrheit. In diesem Zusammenhang lassen sich verschiedene Strategien identifizieren, durch die die Republikaner versuchten, für sich einen politischen Erfolg im Rat zu organisieren.

Zum einen ist dies das Einbringen so genannter „Trittbrettanträge“: In einem Änderungsantrag wird die Intention des Einreichers aufgegriffen und marginal verändert mit dem Ziel, mindestens bei dem Einreicher des ursprünglichen Beschlussantrages einen Zwang zur Zustimmung zu erzeugen. Zieht die betreffende Fraktion dann ihren Beschlussantrag zurück oder stimmt gegen den Änderungsantrag der Republikaner, wird argumentiert, dass es dieser Fraktion ja gar nicht um die Sache gehe.²⁵ Eine zweite Strategie ist die „Übernahme von Beschlussanträgen“: Zieht eine Fraktion ihren Beschlussantrag zurück, versuchen die Republikaner als neuer Einreicher dieses Antrages zu fungieren.²⁶ Absicht dabei ist, selbst einen Beschlussantrag zur Abstimmung zu bringen, ohne das erforderliche Quorum dafür einholen zu müssen. Eine weitere Strategie ist die „ausdrückliche Unterstützung“: In einer Brandrede wird der Beschlussantrag einer anderen Fraktion, die Beschlussvorlage der Verwaltung oder einzelne Beschlusspunkte daraus befürwortet, diese Unterstützung jedoch mit rechtsextremen Argumenten begründet. Anliegen ist, entweder die einbringende Fraktion, die Verwaltung oder den Antrag damit zu diskreditieren²⁷ oder sich dadurch selbst zu profilieren, im Sinne von: ‚Die Verwaltung bzw. der Stadtrat ist in dieser Sache unserer Argumentation gefolgt.‘²⁸

²⁵ Dies trifft z.B. auf den Änderungsantrag zu BA 16/2007 „Baugenehmigungsverfahren Sendeanlagen Mobilfunk“ zu. Martin Kohlmanns Kommentar: „Wenn sie was Gutes anstellen, da freue ich mich drüber. Seien sie jetzt auch konsequent, zeigen sie, dass es ihnen um die Sache wirklich geht und stimmen sie auch unserem Änderungsantrag zu.“ Wortprotokoll vom 20.6.2007.

²⁶ Hier wäre z.B. zu nennen, die versuchte Übernahme der Anträge BA 005/2008 „Selbstverpflichtung der Stadträte von Chemnitz zur Korruptionsprävention“ oder BA 017/2008 „Gedenktag zur friedlichen Revolution“.

²⁷ So wurde z.B. der Beschlussantrag zur Einrichtung einer Infothek gegen Extremismus ausdrücklich unterstützt.

²⁸ siehe B-087/2009 Polizeiverordnung.

1.3. Stadtratsanfragen der Republikaner

Die Mitglieder der Fraktion Die Republikaner machten und machen von ihrem Recht zur Stadtratsanfrage regen Gebrauch. Relativ ausgewogen bedienen sie dabei die verschiedenen im kommunalen Kontext vorkommenden Themenfelder. Auch wenn die Anfragen der Republikaner Fraktion nicht immer ganz eindeutig zuordenbar sind, lassen sich sieben Themenkomplexe unterscheiden: Probleme im Stadtteil; Finanzen; Umwelt und Verkehr; Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie; Kultur und Sport; Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Fragen in eigener Sache.

Vergleicht man alle Anfragen, die in den letzten zwei Wahlperioden im Stadtrat gestellt wurden, dann fällt auf, dass bei den Anfragen der Republikaner immer auch politische Botschaften transportiert werden. Kennzeichen der Republikaneranfragen ist der mehr oder weniger starke Duktus der parteiischen Anklage. Den Hintergrund dafür bilden direkt oder indirekt zum Ausdruck gebrachte Unterstellungen, die sich je nach Fragegegenstand auf angebliche Geldverschwendung, Vetternwirtschaft, Ungleichbehandlung oder fehlende Fürsorge der Stadt für ihre Bürger beziehen. Besonders deutlich wird dies bei den Anfragen zur kommunalen Finanzpolitik und zu Problemen in bestimmten Stadtteilen.

Häufig wird von den Republikanern zum Themenkomplex Kultur und Sport gefragt. Diese Anfragen zielen grundsätzlich auf ein angebliches Missverhältnis in der kommunalen Kulturförderung: hoch subventionierte „entartete“ Kunst versus vernachlässigte Kultur- und Sportstätten für die einfachen Bürger. Dabei ist die Kunst der Moderne für die Republikaner das Synonym „entarteter“ Kunst schlechthin.

Nach dem Motto „Alles für Ausländer, nichts für die deutsche Bevölkerung“ versuchen die Republikaner auch in den Anfragen im Bereich Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie ein angebliches Missverhältnis kommunaler Politik herauszuarbeiten. Der im Kulturbereich bereits ausgemachte Reflex der Anti-Moderne findet sich ebenfalls im Sozialbereich wieder, so z.B. bei Fragen zu Schwangerschaftsabbrüchen, zum Frauenzentrum Lila Villa oder zur sexuellen Aufklärung an Schulen.

Auf den Themenbereich Umwelt und Verkehr geht die Republikanerfraktion erst seit ihrer zweiten Wahlperiode im Stadtrat ein. Schwerpunkt bilden hier Anfragen, die auf Verschwörungstheorien abstellen und eine bewusst verschleierte Gefährdung der Bevölkerung mutmaßen wie z.B. die so genannten Chemtrails oder der Mobilfunk.

Während zu den fünf Themenkomplexen auch die Stadträte der anderen Fraktionen umfassende Anfragen stellen, kommen Anfragen zu kommunalen oder bürgerschaftlichen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Anfragen in eigener Sache fast ausschließlich von den Republikanern. Auch bei den Anfragen zu diesen beiden Themenkomplexen findet sich der Duktus der parteiischen Anklage. Bei den Anfragen in eigener Sache versuchen sie den Eindruck zu vermitteln, die Verwaltung würde die Ausübung ihres Ehrenamtes behindern und ihre Rechte als

Stadträte und Fraktion beschneiden. Bei den Anfragen zum Thema Rechtsextremismus stilisieren sich die Republikaner zu aufrechten Kämpfern gegen eine vermeintliche politisch kulturelle Hegemonie. In anklagendem Stil fragen sie z.B. nach den Kosten von Medien, die über Rechtsextremismus aufklären oder den Kosten und der Rechtmäßigkeit von ordnungsrechtlichen Maßnahmen in Zusammenhang mit rechtsextremistischen Veranstaltungen.

Stadtratsanfrage von Michael Haubold RA-253/ 2008 vom 15.12.2008:

"Mitte gegen Rechts" oder wie die Stadtverwaltung den Bürger an der Nase herum führt.

Info-Container „Gegen Rechts“ an der Straße der Nationen

Auf Grund von kriminellen Aktionen gegen ein Ladengeschäft auf der Straße der Nationen folgende Fragen dazu:

1) Wer oder was treibt die Stadtverwaltung dazu, die geschäftlichen Interessen eines Einzelhändlers dermaßen zu schädigen, auf dass sich grundgesetzwidrige Verhaltensregeln abzeichnen? (Siehe Informationsvorlage I-66/ 2008)

2) Hat man aus der geschichtlichen Vergangenheit nichts gelernt? (Bezug zu Verhaltensweisen im Dritten Reich)

Da es auf dieses Geschäft vor Kurzem auch einen Anschlag gab, hier noch weitere Fragen:

3) Auf welcher rechtlichen Grundlage fußt die wohlwollend erteilte Genehmigung?

4) Wieso handelt es sich bei diesen Angelegenheit um eine „Sondergenehmigung“? Worin besteht der Sonderfall?

5) Wie viel Sondernutzungsgebühren entstehen für diesen Container und wer zahlt diese?

6) Wer verbirgt sich hinter „Mitte gegen Rechts“? Wer sind die Initiatoren? Wo hat diese „Initiative“ ihren Sitz? Wer ist der oder die Vorsitzende?

Insgesamt bleibt festzustellen, dass die Republikaner das Recht der Stadtratsanfrage grundsätzlich politisch instrumentalisieren. Die Stadtratsanfragen dienen den Republikanern zum einen als wichtiges Transportmittel für ihre politischen Botschaften (Themenwahl). Zum anderen stilisieren sich die Republikaner durch den Duktus der Fragestellung von vornherein zum Ankläger. Vor diesem Hintergrund müssen die Antworten der Verwaltung auf die Anfragen der Republikaner immer als Ausreden, Ausflüchte oder Rechtfertigungen erscheinen. Damit wird der Eindruck erzeugt, dass allein die Republikaner im Stadtrat „heiße Eisen anfassen“, „Dinge beim Namen nennen“ und für die „wahren Interessen der Chemnitzer“ eintreten.

2. Politische Kultur

2.1. Umgang der Vertreter anderer Parteien im Chemnitzer Stadtrat mit den Stadträten der Republikaner

Der Umgang mit den Mitgliedern rechtsextremer Parteien in Parlamenten und Bürgervertretungen ist umstritten. Idealtypisch lassen sich vier möglichen Arten des sich Verhaltens ausmachen: protestieren und aus/abgrenzen, zuhören und reagieren, ignorieren sowie akzeptieren und einbeziehen. Hinter der gleichen Art des sich Verhaltens können jedoch sehr unterschiedliche Motive stehen. Wesentlicher Ausgangspunkt ist immer eine bestimmte Annahme über das was Rechtsextremisten verkörpern, wofür sie stehen und wer sie sind. Darüber hinaus existiert ein bestimmter politischer, geschichtlicher oder kultureller Bezugshorizont, der das jeweilige Verhalten argumentativ begründet.

Auch im Chemnitzer Stadtrat werden die verschiedenen Formen des Umgangs mit den Republikaner praktiziert, z.T. quer zu den Fraktionsgrenzen. Anhand der Debatten im Chemnitzer Stadtrat lassen sich die verschiedenen Argumentationslinien gut herauszuarbeiten, die die unterschiedlichen Arten des sich Verhaltens nachvollziehbar begründen. Inwieweit diese verschiedenen Argumentationslinien tatsächlich auch tragfähig sind, kann und soll hier nicht abschließend beurteilt werden, mögliche Kritikpunkte werden jedoch angesprochen.

Diese Systematisierung ist aus heuristischen Gründen idealtypisch angelegt, d.h. die unterschiedenen Gruppen lassen sich in der Realität so eindeutig nicht voneinander abgrenzen. Sie sind durch bewusste und zielgerichtete Überzeichnung theoretisch konstruiert.²⁹

1) Protestieren und aus-/ abgrenzen

Die Stadträte dieser Gruppe praktizieren eine offene Ablehnung gegenüber den Republikanern. Sie verlassen bei längeren Redebeiträgen wie Fraktionserklärungen den Saal und ergreifen immer wieder das Wort, um ihre ablehnende Haltung zu verdeutlichen. In der Art der Argumentation und den zum Ausdruck gebrachten Grundsätzen gibt es jedoch Unterschiede, die eine Zweiteilung dieser Gruppe nahe legen.

„Die Antifaschisten“

Die Vertreter dieser Gruppe, sehen sich durch die Anwesenheit der Republikaner im Stadtrat unmittelbar herausgefordert und mahnen eine intensive Auseinandersetzung mit den rechtsextremistischen Tendenzen in unserer Stadt und in unserem Land an. Über Ausführungen zu nationalsozialistischen Gräueltaten stellen sie in ihren Redebeiträgen immer wieder einen direkten Bezug zwischen Nationalsozialisten und Republikanern her. Nach dem Motto „Faschismus ist

keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“ fordern sie restriktive Maßnahmen (wie z.B. Demonstrationsverbote) zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Hin und wieder greifen Vertreter dieser Gruppe auch Stadträte anderer Fraktionen verbal an, die ihre Ansichten nicht teilen.

Bezugshorizont dieser Argumentation ist unsere freiheitlich demokratische Grundordnung. Ausgehend von den Erfahrungen des Endes der Weimarer Republik geht es um die zentrale Frage: Wie viel Freiheit darf ein freiheitliches System gewähren, um die Freiheit selbst nicht zu gefährden. Die Anhänger dieser Gruppe vertreten den Standpunkt, dass nur eine energische und konsequente Bekämpfung neonationalsozialistischen bzw. rechtsextremistischen Gedankenguts letztlich den Bestand unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung mit ihren Werten und Normen garantiert. Die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien und ihr Auftreten in der Öffentlichkeit bewerten sie als Ausdruck für die wachsende gesellschaftliche Akzeptanz revanchistischer, antisemitischer und rassistischer Einstellungen, also als eine Gefährdung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Demgegenüber steht das Konzept der „wehrhaften Demokratie“, das zum Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung abgestufte Maßnahmen, sowohl im repressiven als auch im präventiven Bereich vorsieht.

„Die streitbaren Demokraten“

Auch die Vertreter dieser Gruppe, sehen sich durch die Anwesenheit der Republikaner im Stadtrat unmittelbar herausgefordert. Auch sie sprechen sich für eine klare Grenzziehung zwischen Demokraten und Extremisten aus. Im Unterschied zur ersten Gruppe treten sie jedoch nicht öffentlich für restriktive Maßnahmen im Umgang mit rechtsextremen Gruppen ein. Sie setzen weniger auf **Ausgrenzung** als viel mehr auf **Abgrenzung**. Wo kein Dialog mehr möglich ist, hilft nach ihrer Überzeugung nur Abgrenzung, auch aus der Geschichte lernend.

Der Bezugshorizont dieser Argumentation ist ebenfalls unsere freiheitlich demokratische Grundordnung. Ausgangspunkt dabei ist jedoch nicht das Spannungsverhältnis Freiheit - Unfreiheit sondern der Wertekanon, auf dem unsere Gesellschaftsordnung aufbaut. Bekämpfung extremistischer Gewalt von Rechts heißt für die Vertreter dieser Gruppe in erster Linie die Werte unsere freiheitlich demokratische Grundordnung wieder stärker ins Bewusstsein der Menschen zu rücken. Zwar kann und soll nach ihrer Meinung der freiheitliche Staat von seinen Bürgerinnen und Bürgern kein politisches Bekenntnis zur Demokratie verlangen, der politische Dialog ist für die Vertreter dieser Gruppe jedoch an die verbindliche Anerkennung des Wertekanons unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung geknüpft.

²⁹ Siehe Max Weber: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1988, S.146-214.

2) Zuhören und Reagieren

Auch die Vertreter dieser Gruppe machen aus ihrer ablehnenden Haltung den Republikanern gegenüber keinen Hehl. Sie plädieren jedoch dafür, die Republikaner nicht auszugrenzen oder zu ignorieren, sondern ihnen genau zuzuhören. Diese Haltung resultiert aus der Überzeugung, dass die Republikaner ein Symptom für etwas darstellen. Ihrer Meinung nach können nur durch die genaue Analyse dessen, was die Republikaner zum Ausdruck bringen, die Ursachen für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bekämpft werden.

„Die Aufklärer“

Zugespißt könnte man formulieren, die Vertreter dieser Gruppe glauben in Bezug auf den Rechtsextremismus an ein großes Missverständnis. Sie sehen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus begründet in Vorurteilen und Halbwissen, dass es durch Aufklärung und Information zu überwinden gilt. Es wird bedauert, wenn die Stadträte bei Redebeiträgen der Republikaner den Saal verlassen. Nach ihrer Überzeugung sei es wichtig zu wissen, was die Republikaner sagen, denn sie würden nur die Meinung ihrer Wähler wiedergeben.

Hintergrund dieser Aussage bilden populäre Erklärungsansätze zur Entstehung rechtsextremer, fremdenfeindlicher und rassistischer Einstellungen. Als zentrale Ursache solcher Einstellungen wird der Mangel an Wissen gesehen. Dieser Mangel an Wissen erschwert Menschen die sachliche Beurteilung von Zusammenhängen und leistet irrationalen Vorstellungen sowie Vorurteilen Vorschub. Bildungsferne Schichten gelten daher als empfänglich für die monokausalen Erklärungen rechter Verführer. Dementsprechend wird Aufklärung und Information über die tatsächlichen Zusammenhänge ein hoher Stellenwert bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus eingeräumt. Vertreter dieser Gruppe glauben an die Überzeugungskraft rationaler Argumente und objektiver Zahlen und Fakten.

Allerdings relativieren wesentliche Erkenntnisse der Sozialpsychologie den angenommenen Erfolg solcher Strategien. So bestehen Einstellungen eben nicht nur aus einer kognitiven sondern auch aus einer affektiven Komponente. Einstellungen erfüllen eine Reihe von Funktionen³⁰, was ihre Veränderung erschwert. Darüber hinaus werden sie auf sehr unterschiedliche Art und nicht nur durch Wissensvermittlung erworben. Das heißt, Einstellungen bzw. Vorurteile sind nicht allein durch Aufklärung und Information veränderbar. Bei dem Anliegen, bestimmte Einstellungen zu verändern, muss ein komplexer Zusammenhang von Faktoren berücksichtigt werden.

„Die Sozialpolitiker“

Die Vertreter dieser Gruppe stellen in ihrer Argumentation darauf ab, dass viele Wähler rechtsextremer Parteien aus bildungsfernen und damit sozialen schwachen Schichten stammen. Aus-

³⁰ Selbstkategorisierung, Ich-Verteidigung, Vereinfachung der Informationsverarbeitung.

gangspunkt ist die Annahme, dass durch den Abbau des Sozialstaates die deutsche demokratische Gesellschaft an Integrationskraft verliert. Der Erfolg von Extremisten wie den Republikanern wird als Gradmesser dieser Entwicklung verstanden. Arbeitslosigkeit und Armut gelten als Nährboden für die politische Radikalisierung der Gesellschaft. Die Republikaner artikulieren sozusagen die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Deutschlands. Ein genaues Hinhören soll dazu verhelfen, diese Probleme besser zu identifizieren.

Diese Überlegung knüpft an die historische Erkenntnis an, dass die Akzeptanz des demokratischen Systems abhängig ist vom allgemeinen Wohlstand der Bevölkerung. Als negatives Beispiel wird dafür die Weimarer Republik, als positives Beispiel die frühe Bundesrepublik angeführt.³¹ Und tatsächlich gehört ein Teil der Republikaner Wähler zu den so genannten "Modernisierungsverlierern", d.h. ihre rechtsextremistischen Denkmuster, politische Protesthaltung und Politikverdrossenheit sind auf soziale Probleme zurückführbar. Gleichzeitig ist jedoch auch das Phänomen zu beobachten, dass mit wachsender Zufriedenheit mit den jeweiligen Lebensumständen, die Bereitschaft sich an demokratischen Wahlen zu beteiligen, sinkt. Von diesem Umstand profitieren vor allem kleine und radikale Parteien, die es verstehen, ihre Anhänger besser zu mobilisieren. Der Wahlerfolg rechtsextremer Parteien kann daher nicht gleichgesetzt werden mit einer wachsenden Unzufriedenheit der Bürger mit den bestehenden Verhältnissen oder sich dramatisch verschärfenden sozialen Gegensätzen.

3) Ignorieren

Obwohl auch bei den Vertretern dieser Gruppe von einer eher ablehnenden Haltung gegenüber den Republikanern ausgegangen werden kann, melden sie sich offiziell kaum zu Wort. Allerdings spielen dafür sehr unterschiedliche Gründe eine Rolle. Bei der ersten Gruppe könnte man von einem aktiven Ignorieren sprechen, bei der zweiten eher von Abwarten und Aussitzen.

„Die Pädagogen“

Auch die Vertreter dieser Gruppe stellen in ihrer Argumentation darauf ab, dass viele Wähler rechtsextremer Parteien aus bildungsfernen und sozial schwachen Schichten stammen. Sie verstehen die Republikaner quasi als politische „Klassenkasper“ oder „Scharlatane“, die es darauf anlegen, durch permanentes „Stören“ Aufmerksamkeit zu erregen, um damit fehlende gesellschaftliche Anerkennung zu kompensieren. Jede Reaktion auf diese „Störungen“ bedeutet nach ihrer Überzeugung eine positive Verstärkung dieser Strategie. Nur konsequentes Ignorieren kann den Teufelskreis von Provokation und Reaktion durchbrechen. Dieses Verhaltensmuster wird von den Anhängern dieser Gruppe auch als probates Mittel im Umgang z.B. mit Nazi-Aufmärschen gesehen.

³¹ Neueste Untersuchungen zur Sozialpolitik der Nationalsozialisten weisen sogar für das III. Reich den Zusammenhang zwischen wachsendem Wohlstand und der Akzeptanz der NS Ideologie in der Bevölkerung nach.

Wie kultursoziologische Untersuchungen bestätigen, ist die Übertragung des Klassenkasper-Phänomens auf gesellschaftliche Zusammenhänge nicht ganz abwegig. Gesellschaftliche Anerkennung in Form von Prestige, Reputation, Privilegien und Positionen ist tatsächlich an die Verfügbarkeit von vor allem ökonomischem und kulturellem Kapital geknüpft und somit für Angehörige bildungsferner und sozial schwachen Schichten nur schwer zu erlangen. Und tatsächlich wählen überdurchschnittlich diejenigen rechtsextrem, die sich für sozial benachteiligt halten und sich von der Gesellschaft ungerecht behandelt fühlen. Die Wahlentscheidung für eine rechtsextreme Partei erfolgt aber nicht allein aus diesem Protestmotiv heraus, sondern auch aufgrund einer mehr oder weniger starken Identifikation mit rechtsradikalem bzw. rechtsextremem Gedankengut. Darüber hinaus ist zu bedenken, dass eine politische Provokation unabhängig von ihrer Motivation nicht automatisch an Bedeutung verliert, wenn nicht auf sie reagiert wird, auch das Gegenteil kann der Fall sein.

„Die Zuschauer“

Die Vertreter dieser Gruppe beziehen nie öffentlich Stellung, scheuen die politische Konfrontation und halten sich generell im Hintergrund. Das Auftreten der Republikaner stellt sie permanent vor die Herausforderung, nicht reagieren zu können. Gleichzeitig fasziniert und angewidert von dem agitatorischen Stil wirken sie wie paralysiert. Für die Vertreter dieser Gruppe sind die Republikaner der geheimnisvolle Feind, der - da er nicht bekämpft - nur ignoriert werden kann. Aus diesem Grund unterstützen die Vertreter dieser Gruppe, ohne dies explizit zum Ausdruck zu bringen, alle Tendenzen, die Republikaner aus dem politischen Geschäft konsequent auszugrenzen. Dies entlastet sie von der Notwendigkeit auf die Republikaner und ihre Äußerungen reagieren zu müssen.

4) Einbeziehen

Stadträte, die dieser Gruppe zuzurechnen sind, arbeiten offiziell oder inoffiziell mit den Republikanern zusammen. Die Gründe für ihre Unterstützung der Republikaner sind jedoch sehr verschieden, weshalb diese Gruppe unterteilt werden muss.

„Die Taktiker“

Die Vertreter dieser Gruppe sind schwer auszumachen, da sie sich grundsätzlich nicht öffentlich zu den Republikanern und ihren Aussagen positionieren. Dass es sie gibt, verraten jedoch verschiedene Abstimmergebnisse der Republikaner bei geheimen Wahlen zu Ausschüssen, Aufsichts- und Beiräten.³² Inwieweit die politischen Auffassungen der Republikaner von den Vertretern dieser Gruppe geteilt werden, ist nicht zu beurteilen. Die Tatsache aber, dass die

³² So erhielt Martin Kohlmann z.B. am 24.11.2004 bei der Wahl zum Ausländerbeirat 12 Stimmen, am 14.11.2007 bei der Wahl zum Kulturbeirat 7 Stimmen.

Republikaner nicht bei allen geheimen Abstimmungen unterstützt werden, lässt den Schluss zu, dass die Vertreter dieser Gruppe nicht das Ziel verfolgen, die Republikaner politisch zu fördern, sondern vielmehr für eigene Zwecke zu instrumentalisieren. Für sie stellen die Republikaner eine politische Manövriermasse dar. An politischem Erfolg interessiert und mit fünf bzw. vier Stimmen zu eigenen politischen Initiativen im Stadtrat nicht in der Lage, lassen sich die Republikaner als Mehrheitsbeschaffer bei knappen Abstimmungen gut gebrauchen. Die Zusammenarbeit mit den Republikanern in Form von geheimen Absprachen erfolgt aus rein taktischen Gründen, nämlich nur und insoweit sich daraus ein eigener politischer Vorteil erzielen lässt.

Bei der Herangehensweise der Vertreter dieser Gruppe lässt sich ein Bezug zur Strategie der Weimarer konservativen Rechten im Umgang mit den Nationalsozialisten herstellen, die mit ihrer Strategie der „Instrumentalisierung“, „Einrahmung“ oder „Zähmung“ jedoch letztlich die Machtergreifung Hitlers beförderten. Auch wenn die politischen, institutionellen, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten der Weimarer Republik sich grundlegend von den heutigen Verhältnissen unterscheiden, erscheint eine rein taktische Auseinandersetzung mit den rechts-extremen Kräften in unserem Land gefährlich. Denn die Werte unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung, die sie immer wieder in Frage stellen, sind auch heute keine naturgegebenen Prinzipien, die allein aus sich heraus existieren könnten.

„Die Integrierer“

Die Vertreter dieser Gruppe positionieren sich im Stadtrat ganz offen zu den Republikanern, wobei weniger die politischen Auffassungen der Republikaner im Vordergrund stehen, als vielmehr ihre Anwesenheit im Stadtrat schlechthin. Ausgehend von der Tatsache, dass die Republikaner zu demokratischen Wahlen zugelassen sind, plädieren die Vertreter dieser Gruppe für ihre Einbeziehung in die Ratsarbeit. Sie halten es für bedenklich, eine Fraktion ausschließen zu wollen, die 10 % der Wählerstimmen auf sich vereinigt hat. Den Republikanern sollte vielmehr die Möglichkeit gegeben werden, zu beweisen, dass sie eine demokratische Partei sind und nichts gegen Ausländer haben. Es wäre jedoch ein Fehlschluss, den Vertretern dieser Gruppe irgendeine Sympathie für die Republikaner zu unterstellen, im Gegenteil. Sie verfolgen mit dieser Argumentation vielmehr die Absicht, die Republikaner zu entzaubern. Nur durch die aktive Einbindung der Republikaner in die Sachpolitik der Kommune, so ihre Überzeugung, kann dem Protestpotential der Republikaner der Nährboden entzogen werden. Denn ihre aktive Einbindung in politische Entscheidungen macht sie mitverantwortlich für die Politik der Stadt und nimmt ihnen damit die Möglichkeit, sich als politischer Außenseiter zu stilisieren.

Die Absicht der Vertreter dieser Gruppe korrespondiert mit der Zielperspektive amerikanischer Entnazifizierungspolitik nach 1946. War die Strategie der Amerikaner im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit der Deutschen zuerst klar auf punishment und separation ausgerichtet, veranlasste sie die Befürchtung, bei Fortsetzung der bisherigen Politik das Entstehen einer Ressentimentbevölkerung zu befördern und damit die langfristig angestrebte Integration der Deutschen in das im Aufbau befindliche demokratische System zu gefährden, den

Kurs zu verändern. Incorporation und reeducation war die Devise nach 1946.³³ Es ist nicht abschließend zu klären, in welchem Ausmaß diese Strategie zur Etablierung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse in der Bundesrepublik tatsächlich beigetragen hat. Eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg einer solchen Strategie ist jedoch immer die Bereitschaft und der Wille zur Integration auf beiden Seiten. Dies ist zumindest für viele Rechtsextremisten von heute eher zu bezweifeln.

2.2. Umgang der Verwaltungen mit den Stadträten der Republikaner

Auch die Verwaltung stand mit dem Einzug der Republikaner in den Chemnitzer Stadtrat vor einer Herausforderung. Obwohl durch Gemeindeordnung, Hauptsatzung und Geschäftsordnung die Zusammenarbeit und der Umgang zwischen Verwaltung und Mandatsträgern klar geregelt ist, kommt es in der Praxis durch Provokationen oft zu schwierigen Situationen.

Im Chemnitzer Stadtrat war zu beobachten, dass beide Oberbürgermeister mehrmals von ihrem Hausrecht Gebrauch machten und den Stadträten der Republikaner während der Stadtratssitzungen nach wiederholtem Verweis zur Sache oder Überschreitung der Redezeit durch Abstellen des Mikrofons das Wort entzogen.³⁴ Diese Verfahrensweise wurde zwischen 1999 bis 2009 ausschließlich gegenüber den Mitgliedern der Fraktion Die Republikaner angewendet.

Nicht selten kam es auch zu verwaltungsrechtlichen Auseinandersetzungen zwischen der Stadt Chemnitz und der Fraktion Die Republikaner. So wurde von der Oberbürgermeisterin eine Prüfung zur sachgemäßen Verwendung der Fraktionsmittel durch das Rechnungsprüfungsamt veranlasst und ein Verbot der Nutzung der Fraktionsräume durch Dritte ausgesprochen. Juristisch ging die Stadt Chemnitz gegen die willkürliche Veränderung des Fraktionsnamens von „Die Republikaner“ in „Republikaner/ DSU“ und 2009 in „Pro Chemnitz“ vor.

Singulär hingegen blieben offene Konfrontationen zwischen den Vertretern der Verwaltung und den Republikanern. So kam es z.B. im Jahr 2000 während einer Stadtratssitzung zu einer Auseinandersetzung zwischen Martin Kohlmann und dem damaligen Oberbürgermeister, bei der Dr. Peter Seifert den Stadtrat der Republikaner mit „Arschloch“ betitelte. 2009 verwies Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig Martin Kohlmann des Saals, nachdem er den Fraktionsvorsitzenden der Linken als Nazi bezeichnet hatte.

³³ Auch bei den Diskussionen zur Vergangenheitsbewältigung der DDR spielte diese Befürchtung z.B. immer wieder eine Rolle, insbesondere im Zusammenhang mit den Akten der Staatssicherheit.

3. Politische Etablierung

3.1. Interpretation der Kommunalwahlergebnisse der Republikaner im kommunalen Kontext

	Stimmenanteil in %				Sitzverteilung ³⁵			
	1990	1994	1999	2004	1990	1994	1999	2004
CDU	38,20	24,57	32,55	24,52	30	15	21	14
SPD	17,73	34,64	29,33	18,01	14	21	18	10
PDS	16,48	21,84	26,10	26,91	13	13	16	15
Grüne	9,93	9,55	4,43	6,10	8	6	2	3
FDP	7,97	3,65	3,13	7,24	7	2	2	4
Rep	-	0,25	1,96	10,28	-	0	1	5
Perspektive	-	-	-	5,84	-	-	-	3

Wie o.a. Tabelle zeigt, konnten die Republikaner bei den Chemnitzer Kommunalwahlen von 1990 bis 2004 ihren Stimmanteil kontinuierlich ausbauen, wohingegen alle anderen Parteien in den zurückliegenden 15 Jahren z.T. starke Stimmverluste hinnehmen mussten. Die politikwissenschaftliche Literatur bietet für dieses Phänomen eine Reihe von Erklärungen an, die hier nicht rekapituliert werden können. Alle stellen jedoch im weitesten Sinne auf eine spezifische ostdeutsche Befindlichkeit ab, der zu Folge ein Großteil der Ostdeutschen sehr unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie ist, ein großes Misstrauen gegenüber den politischen Institutionen empfindet und für ihre wachsende Enttäuschung über die allgemeine politische Entwicklung vor allem die etablierten Parteien verantwortlich macht.³⁶

Besonders der letzte Punkt lässt sich gut an den Ergebnissen der Chemnitzer Kommunalwahlen nachvollziehen. Ging 1990 die CDU und 1994 die SPD als klarer Sieger der Kommunalwahlen hervor, waren die Chemnitzer 1999 bereits unentschieden, setzten aber weiterhin noch auf die großen Parteien. Wie in u.a. Grafik deutlich wird, erfolgte 2004 dann eine Trendwende: große Verluste für CDU und SPD von denen vor allem die kleinen Parteien, die Republikaner und eine Wählerinitiative profitierten.

Bezieht man die absoluten Zahlen mit in die Diskussion ein, so sieht das Ergebnis für die großen Parteien noch ernüchternder aus. Prozentual büßte die CDU bei der Kommunalwahl 2004 „nur“ 8 % ein, effektiv verlor sie jedoch 34 272 - über ein Drittel ihrer Stimmen. Für die SPD war das Kommunalwahlergebnis 2004 noch dramatischer. Hinter dem prozentualen Verlust von 11 % verbergen sich effektiv 41 354 verlorene Stimmen, fast 50 % weniger als 1999. Und obwohl die PDS knapp einen Prozentpunkt bei der Wahl 2004 zulegen konnte, verlor auch sie

³⁴ § 17 Abs.9 und § 24 Abs.1 Geschäftsordnung.

³⁵ Bei der Sitzverteilung im Stadtrat ist zu berücksichtigen, dass am Ende der Legislaturperiode 1999 – 2004 eine Verkleinerung des Gemeinderates von 60 auf 54 Abgeordnete vom Stadtrat beschlossen wurde. Dies führte z. B. dazu, dass trotz leichter Gewinne bei der Kommunalwahl 2004, die PDS ein Sitz im Stadtrat verlor.

effektiv 9 000 Stimmen. Demgegenüber konnte die FDP ihren Stimmanteil von 9 330 im Jahr 1999 auf 18 558 fast verdoppeln und die Republikaner mit einem Zuwachs von 20 507 Stimmen mehr als vervierfachen. Wie die nachfolgende Tabelle deutlich ausweist, verloren die großen Volksparteien aber nicht nur über 40 000 Stimmen an die kleinen Parteien. Ca. die Hälfte der Stimmen, die SPD und CDU einbüßten, geht auf das Konto derer, die 2004 gar nicht mehr zur Wahl gingen.

	1999	2004	Gewinn/ Verlust	1999	2004	+ / -
gültige Stimmen	298 482	256 458	- 42 024			
CDU	97 167	62 895	- 34 272	32,55 %	24,52 %	- 8,03 %
SPD	87 549	46 195	- 41 354	29,33 %	18,01 %	-11,32 %
PDS	77 899	69 007	- 8 892	26,10 %	26,91 %	+ 0,81 %
gesamt	262 615	178 097	- 84 518	87,98 %	69,44 %	- 18,54 %
Grüne	13 227	15 632	+ 2 405	4,43 %	6,10 %	+ 1,67 %
FDP	9 330	18 558	+ 9 228	3,13 %	7,24 %	+ 4,11 %
Rep	5 858	26 365	+ 20 507	1,96 %	10,28 %	+ 8,32 %
Perspektive	-	14 976	+ 14 976	-	5,84 %	+ 5,84 %
gesamt	28 415	75 531	+ 47 116	9,52 %	29,46 %	+19,94 %

Wie die folgende Tabelle zeigt, verloren SPD und CDU in bestimmten Stadtteilen zusammen bis zu 25 % der Stimmen. Wenn gleich die Verluste der beiden großen Parteien in den Stadtteilen am höchsten waren, wo die Republikaner am meisten Stimmen erhielten (Ebersdorf, Hilbersdorf, Altchemnitz, Kappel), zeigt die Tabelle auch, dass in den Stadtteilen, wo die Republikaner nur mäßige Ergebnisse erzielten (Erfenschlag, Stelzendorf, Reichenhain, Kaßberg) SPD und CDU ebenfalls im zweistelligen Bereich Stimmen verloren. D.h. die Verluste der beiden Volksparteien waren nicht überall Gewinne der Republikaner. Dies trifft auch auf die PDS zu. Während die PDS in den meisten Stadtteilen mäßige Gewinne verbuchen konnte, büßte sie sowohl in Ebersdorf, dem Stadtteil, wo die Republikaner die meisten Stimmen holten, als auch auf dem Kaßberg, dem Stadtteil mit dem schlechtesten Ergebnis für die Republikaner, Stimmen ein.

Gewinne und Verluste der Parteien bei den Kommunalwahlen 1999 und 2004 in ausgewählten Stadtteilen in %								
Stadtteile	Partei	Wahl 1999	Wahl 2004	Gewinn	Partei	Wahl 1999	Wahl 2004	Verlust
Ebersdorf	Rep	-	20,76	+ 20,76	CDU	36,95	23,92	-13,03
	Persp	-	7,49	+ 7,49	SPD	26,21	14,65	-11,56
	FDP	3,33	7,33	+ 4,00	PDS	23,52	20,44	- 3,08
	Grüne	3,85	5,70	+ 1,85				
				+ 34,10 ³⁷				- 27,67

³⁶ http://www.uni-leipzig.de/~medpsy/pdf/deutsche_befindlichkeiten_2006.pdf

³⁷ Der starke Zugewinn der kleinen Parteien, der ca. 6,5 % über dem Verlust der großen Parteien liegt, begründet

Hilbersdorf	Rep	2,76	17,98	+ 15,22	CDU	35,47	22,52	-12,95
	Persp	-	7,16	+ 7,16	SPD	30,03	17,25	-12,78
	FDP	3,15	7,44	+ 4,29		-		
	PDS	20,82	21,50	+ 0,68				
	Grüne	6,23	6,35	+ 0,12				
				+ 27,47				- 25,73
Altchemnitz	Rep	3,35	14,06	+ 10,71	SPD	34,23	16,96	- 17,27
	Persp	-	6,69	+ 6,69	CDU	32,91	25,84	- 7,07
	FDP	2,56	7,40	+ 4,84				
	PDS	22,72	24,96	+ 2,24				
	Grüne	3,46	3,98	+ 0,52				
				+ 25,00				- 24,34
Kappel	Rep	3,65	13,84	+ 10,19	SPD	32,40	17,74	- 14,66
	Persp	-	6,30	+ 6,30	CDU	28,42	20,33	- 8,09
	PDS	26,89	30,97	+ 4,08				
	FDP	3,20	6,64	+ 3,44				
	Grüne	3,86	4,04	+ 0,18				
				+ 24,19				- 22,75
Erfenschlag	Rep	3,75	7,48	+ 3,73	SPD	29,11	20,02	- 9,09
	FDP	4,92	8,57	+ 3,65	CDU	41,20	36,99	- 4,21
	PDS	14,76	17,21	+ 2,45				
	Persp	-	1,87	+ 1,87				
	Grüne	5,34	6,93	+ 1,59				
				+ 13,29				- 13,30
Stelzendorf	Rep	0,55	6,46	+ 5,91	CDU	49,64	37,02	- 12,62
	Persp	-	4,52	+ 4,52	SPD	23,88	19,77	- 4,11
	FDP	5,45	8,85	+ 3,40				
	PDS	16,55	19,51	+ 2,96				
	Grüne	2,73	3,88	+ 1,15				
				+ 17,94				- 16,73
Reichenhain	Persp	-	5,84	+ 5,84	CDU	37,09	28,35	- 8,74
	Rep	2,26	6,02	+ 3,76	SPD	26,85	18,88	- 7,97
	FDP	7,00	9,81	+ 2,81				
	PDS	20,83	22,60	+ 1,77				
	Grüne	5,25	7,01	+ 1,76				
				+ 15,94				- 16,71
Kaßberg	Persp	-	6,08	+ 6,08	SPD	29,42	20,14	- 9,28
	Rep	-	5,42	+ 5,42	CDU	29,73	21,47	- 8,26
	FDP	2,67	7,86	+ 5,19	PDS	27,06	25,72	- 1,34
	Grüne	9,60	13,32	+ 3,72				
				+ 20,41				- 18,88

sich durch das Nichtantreten der DSU und der ULR zur Wahl 2004.

Folgende Tabelle weist die Wahlergebnisse der Republikaner in den einzelnen Stadtteilen aus. In 16 von 39 Stadtteilen traten die Republikaner 2004 das erste Mal zur Kommunalwahl an. Die DSU stellte sich 2004 nicht mehr zur Wahl, wobei ein Mitglied der DSU auf der Republikanerliste kandidierte und darüber auch in den Chemnitzer Stadtrat einzog. Auch die NPD verzichtete auf eine Kandidatur zur Kommunalwahl 2004, war aber mit einem Mitglied auf der Republikaner Liste vertreten.

Stimmanteile der Republikaner in den einzelnen Stadtteilen					
Stadtteile	%	effektive Stimmen	Stadtteile	%	effektive Stimmen
Ebersdorf	20,76	1121	Helbersdorf	10,96	687
Hilbersdorf	17,98	918	Yorkgebiet	10,61	925
Altchemnitz	14,06	733	Rottluff	10,31	113
Kappel	13,84	1234	Klaffenbach	10,16	272
Gablenz	13,52	2060	Schönau	10,12	413
Sonnenberg	13,47	1326	Kappelenberg	10,00	478
Glösa - Draisdorf	12,97	426	Furth	9,70	92
Schloßchemnitz	12,61	1159	Markersdorf	9,62	1036
Zentrum	12,49	917	Altendorf	9,50	1045
Wittgensdorf	12,13	542	Einsiedel	9,40	448
Borna - Heinersdorf	11,81	736	Lutherviertel	9,38	333
Harthau	11,68	241	Reichenbrand	9,32	565
Bernsdorf	11,64	1303	Adelsberg	9,23	594
Kleinolbersdorf -A.	11,47	348	Grüna	8,61	439
Euba	11,43	265	Erfenschlag	7,48	96
Hutholz	11,31	527	Rabenstein	7,02	297
Morgenleite	11,30	487	Stelzendorf	6,46	100
Mittelbach	11,11	277	Reichenhain	6,02	178
Röhrsdorf	11,07	335	Kaßberg	5,42	776
Siegmara	10,99	458			

Aus den Ergebnissen der Republikaner in den einzelnen Stadtteilen sollten nicht vorschnell Schlüsse z.B. auf ein rechtsextrêmes Wählerpotential gezogen werden. Z.B. gilt es zu beachten, dass sich die Stadtteile in ihrer Größe zum Teil erheblich unterscheiden. So verbergen sich hinter den 20,76 % im Stadtteil Ebersdorf nur etwa die Hälfte an effektiven Stimmen für die Republikaner (1 121) als hinter dem Ergebnis von 13,52 % in Gablenz (2 060). Auch die Nichtwähler werden bei o.a. Ergebnis nicht erfasst, denn das prozentuale Ergebnis für die Republikaner gibt lediglich wieder, wie hoch der Anteil der für die Republikaner in diesem Stadtteil abgegeben Stimmen im Vergleich zu den insgesamt abgegeben Stimmen im Stadtteil war. Allgemein kann festgestellt werden, dass es auf den ersten Blick keinen Zusammenhang zwischen dem Wahlerfolg der Republikaner und der Struktur bestimmter Stadtteile gibt. Die Republikaner haben sowohl in ländlichen (Glösa-Draisdorf, Wittgensdorf, Kleinolbersdorf-

Altenhain) als auch in urbanen Stadtteilen (Kappel, Gablenz, Sonnenberg, Schloßchemnitz, Zentrum) **prozentual gesehen** gute Ergebnisse erzielt. Es besteht auch kein Zusammenhang zwischen dem Wahlerfolg der Republikaner und der politischen Tradition bestimmter Stadtteile. Die Republikaner waren sowohl in von CDU als auch in von SPD und PDS dominierten Stadtteilen erfolgreich (CDU - Kleinolbersdorf - Altenhain, PDS -Zentrum, SPD - Altchemnitz). Wie die folgenden zwei Tabellen zeigen, kann auch kein Zusammenhang zwischen dem **prozentualen** Wahlerfolg der Republikaner und der Arbeitslosenquote oder dem Ausländeranteil in den jeweiligen Stadtteilen hergestellt werden.

Stadtteile mit höchster / niedrigster Arbeitslosenquote und Wahlergebnis der Republikaner		
Stadtteil	Anteil Arbeitsloser an Stadtteilbevölkerung ³⁸	Stimmanteil der Republikaner im Stadtteil
Zentrum	21,2 %	12,49 %
Sonnenberg	21,1 %	13,47 %
Lutherviertel	20,1 %	9,38 %
Hutholz	19,3 %	11,31 %
Morgenleite	18,6 %	11,30 %
Hilbersdorf	17,0 %	17,98 %
Erfenschlag	7,9 %	7,48 %
Reichenhain	6,6 %	6,02 %
Adelsberg	5,9 %	9,23 %
Stelzendorf	5,8 %	6,46 %
Röhrsdorf	5,5 %	11,07 %
Kleinolbersdorf - Altenh.	5,3 %	11,47 %
Ebersdorf	12,6 %	20,76 %
Kaßberg	12,3 %	5,42 %

Stadtteile mit höchster / niedrigster Ausländerquote und Wahlergebnis der Republikaner		
Stadtteil	Anteil Ausländer an Stadtteilbevölkerung ³⁹	Stimmanteil der Republikaner im Stadtteil
Furth	12,4 %	9,70 %
Zentrum	7,8 %	12,49 %
Bernsdorf	7,7 %	11,64 %
Sonnenberg	7,5 %	13,47 %
Kaßberg	3,9 %	5,42 %
Lutherviertel	3,7 %	9,38 %
Adelsberg	0,5 %	9,23 %
Kleinolbersdorf - Altenh.	0,5 %	11,47 %
Klaffenbach	0,4 %	10,16 %
Euba	0,4 %	11,43 %

³⁸ Stadt Chemnitz, Stadtteile 2005, S.78.

³⁹ Stadt Chemnitz, Stadtteile 2005, S.7.

Glösa - Draisdorf	0,4 %	12,97 %
Erfenschlag	0,1 %	7,48 %
Ebersdorf	0,7 %	20,76 %
Kaßberg	3,9 %	5,42 %

Trotzdem weisen die Stadtteile in denen die Republikaner **prozentual** besonders erfolgreich waren und die Stadtteile, in denen sie die schlechtesten Ergebnisse erzielten, Besonderheiten auf. So befindet sich z.B. in Ebersdorf, dem Stadtteil wo die Republikaner am erfolgreichsten waren, die Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber im Freistaat Sachsen. Wird der Wahlerfolg der Republikaner jedoch ursächlich auf das sich in diesem Stadtteil befindliche Asylbewerberheim zurückgeführt, muss gleichzeitig erklärt werden, wieso im Stadtteil Furth, in dem sich die kommunale Unterbringungseinrichtung für Asylbewerber mit 120 Plätzen befindet, die Republikaner zur Kommunalwahl „nur“ 9,7 % erzielten. In den Stadtteilen Reichenhain und Erfenschlag, wo die Republikaner relativ schlechte Ergebnisse erzielten, ist der Anteil von Studenten unter der Stadtteilbevölkerung sehr hoch. Die Chemnitzer Universität, die sich über beide oben genannten Stadtteile erstreckt, ist eine typische Campus Uni mit mehreren Wohnheimen in unmittelbarer Nähe. Hier ist jedoch zu berücksichtigen, dass von den rund 10 000 an der Chemnitzer Universität eingeschriebenen Studenten nur ca. 3 000 ihren Hauptwohnsitz in Chemnitz haben, also wahlberechtigt sind. Der Kaßberg mit dem schlechtesten Ergebnis für die Republikaner weist ebenso eine Besonderheit auf. Als in sich geschlossenes und mittlerweile fast vollständig saniertes Gründerzeitviertel hat sich der hintere Kaßberg zu einem attraktiven Zuzugsgebiet für vor allem junge und gut ausgebildete Bevölkerungskreise entwickelt. Dies trifft allerdings auch in Ansätzen auf die Stadtteile Schloßchemnitz und Altendorf zu. Hier erreichten die Republikaner jedoch auf Anhieb Ergebnisse von 9,5 % bzw. 12,61 %.

Aus den vorstehenden Ergebnissen lassen sich insofern keine eindeutigen Erklärungen über die Ursachen des Wahlerfolgs der Republikaner in Chemnitz bzw. in einzelnen Stadtteilen von Chemnitz ableiten. Ein Grund für ihr gutes Abschneiden könnte ganz allgemein in der Besonderheit von Kommunalwahlentscheidungen liegen. Vorhandene parteipolitische Bindungen (die im Osten allerdings weniger ausgeprägt sind als im Westen Deutschlands) wirken aufgrund der unmittelbaren Betroffenheit von politischen Entscheidungen im kommunalen Kontext und der persönlichen Bekanntheit der Kandidaten vor Ort nicht so stark wie bei Landtags- oder Bundestagswahlen. Von daher kann bei Kommunalwahlen öfter die Bereitschaft beobachtet werden, unabhängig von der sonst vorhandenen parteipolitischen Präferenz zu wählen.

Zieht man nun in Betracht, dass sich z.B. im erfolgreichsten Wahlkreis der Republikaner bei der Kommunalwahl 2004, zwei Männer zur Wahl stellten, die aufgrund ihrer Tätigkeit (Michael Haubold - Friedhofsverwalter und Stefan Albers - Inhaber einer Autowerkstatt) und ihres ehrenamtlichen Engagements (Kirchgemeinde) im Wahlkreis als allgemein bekannt gelten können, dann ist o.a. Zusammenhang eine mögliche Erklärung für den großen Erfolg der Republikaner zumindest in den Stadtteilen Ebersdorf und Hilbersdorf. Inwieweit diese beiden Spitzenkandidaten der Republikaner, die zusammen mehr Stimmen auf sich vereinigen konnten (3145), als die jeweiligen beiden Spitzenkandidaten der CDU (3083) und der SPD (2551)

auch politisch aufgetreten sind und die Inhalte, für die sie stehen auch tatsächlich bekannt gemacht haben, kann nicht beurteilt werden. Hier stellt sich auch die Frage, ob die Wähler den Republikanern tatsächlich eine Problemlösungskompetenz zutrauen und ihre rechtsextremen Einstellungen teilen oder das Wahlergebnis nur Ausdruck von Unzufriedenheit also als Protest zu verstehen ist. Um dies beurteilen zu können, sollen im Anschluss die Kommunalwahlergebnisse der Republikaner im Kontext der Landtags- und Bundestagswahlen betrachtet werden.

3.2. Interpretation der Kommunalwahlergebnisse der Republikaner im Kontext der Landtags- und Bundestagswahlen

Folgende Tabelle stellt die Wahlergebnisse der Kommunalwahl 2004, der Landtagswahl 2004 und der Bundestagswahl 2005 gegenüber. Diese Gegenüberstellung ist jedoch in ihrer Aussagekraft aus zwei Gründen nicht zu überschätzen. Erstens war die Wahlbeteiligung bei den drei Wahlen sehr unterschiedlich. Gingen bei der Kommunalwahl 2004 noch nicht einmal die Hälfte der Chemnitzer Wahlberechtigten zur Urne (90 713), gaben zur Bundestagswahl 2005 Dreiviertel der Chemnitzer Wahlberechtigten ihre Stimme ab (158 095). Zweitens unterscheiden sich die bei den Wahlen angewandten Wahlsysteme erheblich. So gilt bei den Kommunalwahlen Verhältniswahl (3 Stimmen) und bei Landtags- und Bundestagswahlen eine mit Personenwahl verbundene Verhältniswahl (jeweils 1 Stimme). Das macht z.B. einen aussagekräftigen Vergleich der Kommunalwahlergebnisse mit den Landtags- und Bundestagswahlergebnissen sehr schwer.

	Kommunal-	Landtagswahl ⁴⁰		Bundestagswahl ⁴⁰	
		Chemnitz	gesamt	Chemnitz	Gesamt
Wahlbeteiligung	43,4 (-5,1)	60,2 (-0,5)	59,6 (-1,5)	76,0 (+1,5)	77,7 (-1,4)
CDU	24,5 (-8,0)	37,3 (-12,2)	41,1 (-15,8)	24,3 (-2,1)	35,2 (-3,3)
PDS	26,9 (+0,8)	27,7 (+0,3)	23,6 (+1,4)	26,3 (+6,6)	8,7 (+4,7)
SPD	18,1 (-11,3)	11,7 (-0,9)	9,8 (-0,9)	26,6 (-8,8)	34,2 (-4,3)
Grüne	6,1 (+1,6)	5,0 (+2,4)	5,1 (+2,5)	5,5 (+0,4)	8,1 (-0,4)
FDP	7,2 (+4,1)	5,3 (+4,4)	5,9 (+4,8)	9,8 (+2,7)	9,8 (+2,5)
Perspektive	5,8 (+5,8)	-	-	-	-
REP	10,2 (+8,3)	-	-	1,6 (-0,4)	0,6 (+/-0)
NPD	-	7,7 (+6,9)	9,2 (+7,8)	3,2 (+2,4)	1,6 (+1,1)
DSU	-	0,3 (+0,1)	0,5 (+0,1)	-	-

(Werte in Klammern = Gewinne oder Verluste zur vorhergehenden Stadtrats-, Landtags- oder Bundestagswahl.)

Auch wenn Chemnitz über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegt, findet das gute Abschneiden der Republikaner bei der Kommunalwahl keine Entsprechung bei den Chemnitzer Ergebnissen der Bundestagswahl. Im Vergleich zur vorhergehenden Bundestagswahl haben die Re-

⁴⁰ Zweitstimmenergebnis ohne Briefwahl

publikaner in Chemnitz sogar Stimmen verloren. In Bezug auf die Ergebnisse der Landtagswahl, wo die Republikaner zugunsten der NPD auf eine Kandidatur verzichteten, ist hinsichtlich der Frage, ob die Wähler der Republikaner auch die Wähler der NPD waren, schwer eine Aussage zu treffen. Folgende Tabelle stellt die Stimmenanteile der Republikaner bei der Kommunalwahl 2004 den Stimmanteilen der NPD bei der Landtagswahl 2004 sowie der NPD und der Republikaner bei der Bundestagswahl 2005 aufgeschlüsselt nach Stadtteilen gegenüber. Hier sei noch einmal auf die unterschiedlichen Wahlsysteme und die stark differierende Wahlbeteiligung hingewiesen.

Stimmanteile der Republikaner und der NPD bei der Stadtrats-, Landtags- und Bundestagswahl in %				
Wahlen Stadtteile	Stadtrat 2004 Rep	Landtag 2004 NPD ⁴¹	Bundestag 2005 Σ NPD+ Rep ⁴¹	Verluste 2004 zu 2005
Ebersdorf	20,76	10,11	7,66	- 2,45
Hilbersdorf	17,98	14,25	8,36	- 5,89
Altchemnitz	14,06	9,26	5,24	- 4,02
Kappel	13,84	10,12	6,68	- 3,44
Gablenz	13,52	6,98	4,91	- 2,07
Sonnenberg	13,47	12,15	8,38	- 3,77
Glösa - Draisdorf	12,97	7,77	5,88	- 1,89
Schloßchemnitz	12,61	9,52	5,64	- 3,88
Zentrum	12,49	9,02	6,50	- 2,52
Wittgensdorf	12,13	8,40	6,32	- 2,08
Borna - Heinersdorf	11,81	7,57	5,04	- 2,53
Harthau	11,68	9,35	6,43	- 2,92
Bernsdorf	11,64	7,88	5,00	- 2,88
Kleinolbersdorf -A.	11,47	3,68	2,85	- 0,83
Euba	11,43	7,39	5,07	- 2,32
Hutholz	11,31	11,34	8,53	- 2,81
Morgenleite	11,30	10,52	5,48	- 5,04
Mittelbach	11,11	7,67	3,37	- 4,30
Röhrsdorf	11,07	6,76	4,79	- 1,97
Siegmar	10,99	6,53	4,16	- 2,37
Helbersdorf	10,96	9,81	6,35	- 3,46
Yorkgebiet	10,61	7,65	5,54	- 2,11
Rottluff	10,31	7,72	5,24	- 2,48
Klaffenbach	10,16	9,57	6,00	- 3,57
Schönau	10,12	9,86	6,56	- 3,30
Kappelenberg	10,00	7,21	4,67	- 2,54
Furth	9,70	8,25	6,47	- 1,78

⁴¹ Zweitstimmenergebnis ohne Briefwahl

Markersdorf	9,62	8,83	5,05	- 3,78
Altendorf	9,50	6,58	4,55	- 2,03
Einsiedel	9,40	8,52	4,66	- 3,86
Lutherviertel	9,38	9,46	6,97	- 2,49
Reichenbrand	9,32	6,90	4,35	- 2,55
Adelsberg	9,23	5,99	3,02	- 2,97
Grüna	8,61	7,02	3,43	- 3,59
Erfenschlag	7,48	6,62	5,49	- 1,13
Rabenstein	7,02	7,03	3,57	- 3,46
Stelzendorf	6,46	7,22	3,16	- 4,06
Reichenhain	6,02	5,82	2,82	- 3,00
Kaßberg	5,42	5,31	3,63	- 1,68

Der Stadtteil mit den schlechtesten Wahlergebnissen für die rechtsextremen Parteien zur Landtags- und Bundestagswahl ist überraschenderweise ein Stadtteil, bei dem die Republikaner zur Kommunalwahl ein relativ gutes Ergebnis erzielten. Bei diesem Stadtteil scheint die oben angeführte Besonderheit von Kommunalwahlentscheidungen in Gänze zuzutreffen, denn Kleinolbersdorf - Altenhain ist der Heimatstadtteil des Republikaners Martin Kohlmann. Die Ergebnisse von Adelsberg deuten einen ähnlichen Zusammenhang an. In den beiden Stadtteilen Kaßberg und Reichenhain, in denen die Republikaner bei der Kommunalwahl 2004 die schlechtesten Ergebnisse erzielten, wurde auch zur Landtags- und Bundestagswahl - prozentual gesehen - kaum rechtsextrem gewählt. Hier ist die Wahlbeteiligung unbedingt in Betracht zu ziehen, die allerdings nicht aufgeschlüsselt für die einzelnen Stadtteile vorliegt. Sollte die Wahlbeteiligung in diesen Stadtteilen ähnlich differieren wie in der gesamten Stadt, dann konnte die NPD zur Landtagswahl eindeutig mehr Wähler für sich mobilisieren als die Republikaner zur Kommunalwahl.

In den Stadtteilen wo die Republikaner bei der Kommunalwahl besonders erfolgreich waren, wurde auch bei der Landtags- und Bundestagswahl zu einem höheren Prozentsatz rechtsextrem gewählt. Die Ergebnisse in Hilbersdorf und Ebersdorf zeigen eindeutig, der Wahlsieg der Republikaner zur Kommunalwahl in diesen beiden Stadtteilen war zwar in seiner Höhe spektakulär und insofern sicher in kommunalen Zusammenhängen begründet, aber in diesen beiden Stadtteilen kann von einer relativ stabilen Zustimmung eines bestimmten Teils der Bevölkerung zu rechtsextremen Parteien ausgegangen werden. Dies trifft ebenfalls auf die Stadtteile Sonnenberg und Hutholz zu.

Während die Stadtteile Hilbersdorf und Ebersdorf als unproblematische Stadtteile gelten, liegt beim Sonnenberg ein Zusammenhang zwischen den Wahlergebnissen der rechtsextremen Parteien und spezifischen Problemen im Stadtteil nahe. Der Sonnenberg gilt in Chemnitz als sozialer Brennpunkt. Die Arbeitslosenquote lag 2005 bei über 20 %.⁴² 2004 lebten 17 % der So-

⁴² Stadt Chemnitz, Stadtteile 2005, S.78.

zialhilfeempfänger von Chemnitz auf dem Sonnenberg.⁴³ Der Stadtteil ist in seiner Altbausubstanz stark sanierungsbedürftig, von Abriss bedroht und verkehrsbelastet. Somit spricht einiges dafür, dass die sozialen Probleme in diesem Stadtteil durchaus zum Wahlerfolg der rechtsextremen Parteien beigetragen haben könnten. Auch für den Stadtteil Hutholz im Fritz-Heckert-Gebiet deutet sich dieser Zusammenhang an.

Wurde bisher nur erfasst, wie hoch der Anteil der Rechtswähler im Vergleich zur Gesamtwählerzahl in den jeweiligen Stadtteilen war und ob bzw. wie dieser sich über die drei betrachteten Wahlen veränderte, stellt die folgende Tabelle dar, wie viel Chemnitzer in den jeweiligen Stadtteilen den Republikanern und der NPD zur Landtags- und Bundestagswahl tatsächlich ihre Stimme gaben.⁴⁴

Effektive Stimmen für NPD und Republikaner zur Landtags- und Bundestagswahl				
Stadtteile	Landtag 2004⁴⁵	Bundestag 2005⁴⁵		
	NPD	Σ	NPD	Rep
Sonnenberg	595	511	343	168
Gablenz	504	417	232	185
Markersdorf	481	330	224	106
Kappel	455	362	221	141
Schloßchemnitz	429	333	232	101
Bernsdorf	409	311	197	114
Altendorf	365	298	188	110
Hilbersdorf	350	274	193	81
Kaßberg	349	286	178	108
Helbersdorf	323	244	176	68
Zentrum	314	282	186	96
Yorckgebiet	309	259	180	79
Hutholz	261	247	165	82
Ebersdorf	252	228	119	109
Altchemnitz	248	165	120	45
Borna-Heinersdorf	235	192	114	78
Morgenleite	221	128	85	43
Reichenbrand	210	164	116	48
Schönau	186	144	97	47
Adelsberg	184	107	71	36
Grüna	184	110	79	31
Einsiedel	167	103	75	28
Kappelenberg	162	128	83	45

⁴³ Stadt Chemnitz, Stadtteile 2004, S. 75.

⁴⁴ Diese Gegenüberstellung macht nur für die Landtags- und Bundestagswahl Sinn, denn hier entspricht – im Gegensatz zur Kommunalwahl – eine Stimme einem Wähler.

⁴⁵ Zweitstimmenergebnis ohne Briefwahl.

Wittgensdorf	162	155	102	53
Lutherviertel	149	141	93	48
Rabenstein	147	89	69	20
Siegmars	134	98	64	34
Glösa-Draisdorf	127	113	68	45
Klaffenbach	114	83	65	18
Harthau	99	80	55	25
Röhrsdorf	95	85	60	25
Mittelbach	86	45	30	15
Reichenhain	77	43	28	15
Euba	75	63	39	24
Stelzendorf	53	26	21	5
Kleinolbersdorf - A	46	39	15	24
Furth	41	39	27	12
Rottluff	37	30	20	10
Erfenschlag	35	33	24	9

Als erstes kann festgestellt werden, dass die NPD zur Bundestagswahl nicht nur in jedem Stadtteil effektiv Stimmen verloren hat, sie konnte auch mit den Republikanern gemeinsam in keinem Stadtteil so viele Zweitstimmen erringen wie noch zur Landtagswahl 2004. Die NPD konnte zur Bundestagswahl im Durchschnitt nur noch etwas mehr als die Hälfte der Wähler mobilisieren wie ein Jahr zuvor. Zweitens ist anzumerken, dass die Republikaner bei der Bundestagswahl zum Teil nur halb so viele Stimmen bekamen wie die NPD. Lediglich zwei Stadtteile bilden da eine Ausnahme. Kleinolbersdorf-Altenhain, der Heimatstadtteil von Martin Kohlmann und Ebersdorf, der Heimatstadtteil von Michael Haubold.

Drittens muss angesichts der verschiedenen Gegenüberstellungen auch in den Stadtteilen Gablenz und Kappel von einem gewissen rechtsextremen Wählerpotential ausgegangen werden. So ist der Anteil der Republikaner- bzw. NPD-Wähler in diesen Stadtteilen relativ hoch und die beiden Stadtteile liegen auch bei den für Republikaner und NPD abgegebenen effektiven Stimmen weit vorn.

Viertens rückt die Darstellung der effektiven Wählerstimmen Stadtteile ins Blickfeld die bei der Betrachtung der prozentualen Stimmanteile für NPD und Republikaner bisher als unproblematisch galten. So bekam die NPD zur Landtagswahl 2004 z.B. auf dem Kaßberg effektiv genau so viele Stimmen (350) wie in Hilbersdorf. Diese Stimmen fielen jedoch aufgrund der hohen Anzahl Wahlberechtigter auf dem Kaßberg prozentual nicht so stark ins Gewicht (14,25% zu 5,31%). Hier besteht die Gefahr, dass man das rechtsextreme Wählerpotential im Stadtteil Hilbersdorf überschätzt und auf dem Kaßberg nicht ausreichend zur Kenntnis nimmt, gerade weil es sich um einen unproblematischen Stadtteil handelt.

4. Anhang

4.1. Begründung zu BA-005/1999 Anti-Wehrmachts-Ausstellung - Martin Kohlmann⁴⁶

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, werte Damen und Herren, die Ausstellung “Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht“, ein längst überfälliger Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung, wie manche sagen, oder doch eher die raffinierteste Darstellung historischer Irreführung, die in unserem Land seit dem dritten Reich unternommen wurde, wie Kritiker sagen. Noch vor einem Jahr wäre diese Frage sicherlich nicht so einfach zu beantworten gewesen. Aber die Erkenntnisse der letzten Zeit erfordern meines Erachtens eine umfangreiche Neubewertung.

Schon von Anfang an wurde die Ausstellung kritisiert und einzelne Objekte als Fälschung ausgewiesen. Es stimmt also nicht, dass die Kritik erst später aufkam, die das zum Gegenstand hatte. Doch erst das engagierte Eintreten der Geschichtswissenschaftler Bogdan Musiol aus Polen und Krisztian Ungvary aus Ungarn konnten die Ausstellung vorübergehend zu Fall bringen. Was hatten die beiden Herren ‘rausgekriegt?

Sie konnten zweifelsfrei feststellen, dass gerade mal 10 % der ausgestellten Bilder dem eigentlichen Thema der Ausstellung dienen, nämlich Verbrechen der Wehrmacht zeigen, die es zweifellos gegeben hat. Da stimme ich meinen Vorrednern völlig zu. Das soll hier nicht irgendwie angezweifelt werden. Ich weiß gar nicht, was diesbezügliche Unterstellungen sollten, ist eigentlich ‘ne Frechheit. Weitere 9 % der Bilder zeigen keine Wehrmachtssoldaten und demzufolge auch nicht den Zusammenhang mit irgendwelchen Verbrechen, die Wehrmachtssoldaten begangen haben können; also ungefähr genauso viele wie schon, also die 10 %, die dem eigentlichen Zweck zuwider laufen und noch mal 9 %. Weitere 23 % der Bilder zeigen nur die Todesopfer, ohne dass Rückschlüsse auf die Täter getroffen werden kann. - (Bemerkungen im Saal) - Sie zeigen nur die Opfer - hören Sie mir erst mal, bitte, den Satz zu Ende an -, nur die Opfer, ohne dass auf den Täter irgendwelche Rückschlüsse möglich ist. Das kann sich also genauso gut um Opfer des NKWD oder sonst was gehandelt haben; und der allergrößte Teil der Bilder zeigen nur Landschaft bzw. Kriegshandlungen, also auch keine Verbrechen erst. Bisher ist also meines Erachtens viel zu viel von den tatsächlichen Fälschungen in der Ausstellung die Rede gewesen. (geringer Beifall)

Wie Sie sagten, wird die Ausstellung ja momentan überarbeitet, und dagegen spräche sicher nichts, wenn die Fehler entfernt sind, die Ausstellung dann wieder zu zeigen. Doch ein Argument ist nicht von der Hand zu weisen, nämlich, dass der Pseudohistoriker Hannes Hähr, der übrigens nicht einen historischen Abschluss besitzt, dass der bewusst gefälscht hat. Es wurden

also Fotos aus dem Archiv genommen, die Unterschrift, die die Bilder trugen, wurde verändert, und dann wurden die in die Ausstellung eingefügt. Darauf wurde Herr Hähr hingewiesen und hat es nicht zurückgenommen; und wer bewusst fälscht, der verdient meines Erachtens auch keine zweite Chance, mit dieser Ausstellung weiterhin sehr viel Geld zu verdienen.

Wie gesagt, es war bisher stets von den Fälschungen durch tatsächliche Bilder die Rede. Ich finde, die weitaus schlimmeren Fälschungen wurden durch Weglassen begangen; und es ist diese Einseitigkeit der Schau, diese Schwarz-Weiß-Malerei, mit der so ein vielschichtiges Geschehen wiedergegeben wird, die die Schau zu einer Geschichtsfälschung macht. Auch der Austausch der Bilder kann dabei nichts ändern. Es sind Titel und Thematik so gewählt worden, dass die Ausstellung nur ein falsches Geschichtsbild vermitteln kann. Der Titel lautet "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht". Es werden also ausdrücklich nur die Verbrechen der Wehrmacht gezeigt. Das heißt, also die Ausstellung lautet nicht etwa "Der Zustand der Wehrmacht" oder "Sämtliche Taten der Wehrmacht", sondern ausdrücklich nur die Verbrechen.

Da sind keine Bilder etwa, die man vielleicht auch zeigen könnte, von jubelnden Litauern, die die Befreiung feiern von der Roten Armee. Da sind nicht die Bilder dabei von frohen Ukrainern, denen deutsche Kommandeure die Kirchen wieder öffnen, die die roten Terroristen vorher geschlossen hatten. Diese Bilder fehlen. Ich frag mich, warum. Es ist auch nicht davon die Rede über den Alltag dieser meist erst 19, 20-jährigen Soldaten, die sich sicherlich Schöneres hätten vorstellen können, als in jungen Jahren in einen Krieg zu ziehen.

Gut. Das Anliegen wär' ja richtig, wenn man sich auf die Verbrechen ausschließlich bezieht. Aber warum dann nur die Verbrechen der Wehrmacht? Hat etwa die andere Seite keine begangen? Fakt ist, dass zum Beispiel in der Wehrmacht auf Vergewaltigung die Todesstrafe stand, und die wurde auch ausgeführt. Wär' das in der Roten Armee genauso gewesen, dann wären ja die Russen nur in halber Stärke vor Berlin angekommen. (Bemerkungen im Saal)

Das ist diese doppelte Einseitigkeit, die diese Schau im Prinzip benutzt und die sie zu bloßer Stimmungsmache werden lässt, die nichts mit einer sauberen historischen Arbeit zu tun hat. Das sind im Prinzip Goebbels - Methoden, oder, wenn Sie das besser verstehen, das kennen wir ja alle noch von selber, das sind Karl - Eduard - von - Schnitzler - Methoden, könnte man auch sagen. Wenn man nur einen gewissen Teil von Bildern und Bildunterschriften nimmt, dann kann man damit so gut wie alles beweisen, was man gerne möchte, wenn auf die Vielfältigkeit des Geschehens überhaupt kein Wert gelegt wird.

Und in der Tat wurde keinerlei Versuch unternommen, sich differenziert mit der Materie auseinander zu setzen, so dass zwangsläufig das Ergebnis ist, dass der Besucher, anstatt zum Nachdenken angeregt zu werden, eine platte Lösung präsentiert bekommt. Mit dem Nachdenken ist es ohnehin so eine Sache. Manchen Menschen gefällt das nicht so, und das, finde ich, ist

⁴⁶ Wortprotokoll vom 09.02.2000.

die fatalste Wirkung dieser Ausstellung überhaupt. Die weit verbreitete Neigung zu einfachen Lösungen und Schwarz-Weiß-Denken wird unterschwellig unterstützt.

Manche versuchen trotzdem noch, dem was Gutes abzugewinnen, und betonen, dass die schrecklichen Bilder zur Abneigung gegen Krieg überhaupt führen würden und diese stärken. Das wäre sicher sehr zu begrüßen. Doch genau das geschieht nicht, da eine genau festgelegte Personengruppe abgestempelt werden soll, ohne die Maschinerie zu durchleuchten, die zu diesem Verbrechen geführt hat, und ohne einen aktuellen Bezug herzustellen.

Ich fände eine Ausstellung sehr gut, die die Schrecken des Krieges zeigt - gerade in einer Zeit, wo unsere obersten Pazifisten wieder unsere deutschen Soldaten für internationale Finanzinteressen in alle Welt schicken. Gerade in so einer Zeit müssten dann aber alle Verbrechen der großen Kriege der letzten Zeit gezeigt werden. Das sind zweifelsohne die Verbrechen der Wehrmacht und die noch schlimmeren Verbrechen der SS. Aber, bitte schön, sind das dann auch die der Roten Armee, die denen in nichts nachstehen.

Dann möchte ich da drinne auch sehen die militärisch völlig sinnlosen Massaker an einer wehrlosen Zivilbevölkerung durch den alliierten Bombenterror in Dresden, Hiroshima, Nürnberg und nicht zuletzt auch Chemnitz, die Massenmorde der Tito Partisanen, die entsetzlichen Kolonialkriege der westeuropäischen Länder gegen die Völker Afrikas, der Napalmangriff auf Vietnam und nicht zuletzt die beiden rechtswidrigen Angriffskriege, die nach 45 von Deutschland ausgegangen sind, nämlich 1968 gegen die Tschechoslowakei und 1999 gegen Jugoslawien. Wo sind die Bilder davon?

Eine solche Ausstellung wäre sicher bitter nötig, nicht aber diese Ausstellung gewordene historische Zerrbild, das sich anmaßt, vom Jahr 2000 aus zu bewerten, wie andere 1939 hätten handeln sollen, und die mit unübertreffbarer Arroganz Menschen verurteilt, die sich größtenteils nicht mehr wehren können und deren damalige Situation keiner von uns hier und auch keiner der Ausstellungsmacher auch nur im Geringsten nachfühlen kann. Danke schön.“

4.2. Fraktionserklärung aus aktuellem Anlass - Bericht Ausländerbeauftragte und Wahl des Ausländerbeirats - Martin Kohlmann⁴⁷

„Meine Damen und Herren, mit dem Bericht des Ausländerbeauftragten sowohl der Wahl des Ausländerbeirates haben wir heute zwei Tagesordnungspunkte auf der Tagesordnung, die gerade vor dem Hintergrund der Ereignisse der letzten Wochen denke ich, eine Gesamtschau der Problematik erfordern.

Wem bisher ein Blick in Richtung Kaukasus oder Baikal nicht ausgereicht hat, der sollte jetzt anhand der Ereignisse in den Niederlanden spätestens verstanden haben, Multi-Kulti ist gescheitert. Die Idee verschiedene Ethnien und Kulturen könnten in einer Art Flickenteppich ein

⁴⁷ Wortprotokoll vom 24.11.2004.

buntes friedliches Durcheinander bilden, dieser irrige Wahn produziert immer die gleichen unangenehmen Folgen, als da wären: Ghettobildung, Parallelgesellschaften und ethnische Konflikte, die früher oder später in blutigen Auseinandersetzungen gipfeln.

Hier in Chemnitz und in Sachsen stehen wir zum Glück noch ganz am Anfang dieser Entwicklung. Wir haben noch Zeit zur Einsicht zu gelangen und solche Zustände zu verhindern. Integration lautet hierbei das Zauberwort. Dazu muss man zunächst Folgendes feststellen: Die hier lebenden Ausländer sind alle freiwillig hier, die hat niemand hierher gezwungen. Somit kann es auch nicht Verpflichtung des Staates sein, für eine wie auch immer verstandene Integration zu sorgen. Wer freiwillig hier her kommt, der soll auch selbständig für seine Eingliederung sorgen. Das einzige, worin sich viele Zuwanderer allerdings leider gern integrieren, sind unsere Sozialsysteme. Integration, die geht im Kopf los und ist eine Willensentscheidung. Viele hier lebende Ausländer haben mir bestätigt, dass Integration erst dann beginnen kann, wenn sich der betreffende als Teil unserer Gesellschaft versteht und sich mit Deutschland identifiziert. Dann wird er auch ganz von selbst unsere Sprache lernen und unsere Kultur annehmen.

Und dann kann es nicht sein, dass wir in einer Zeit knapper Kassen eine viertel Million pro Jahr für Sprachkurse und ähnliches ausgeben müssen. Für die, die unsere Leitkultur aber nicht akzeptieren wollen, sondern hier ihre Parallelgesellschaften errichten, für die kann es nur eins geben und das ist die Rückfahrkarte.

Eine erfreuliche Entwicklung der letzten Tage ist, dass CSU und CDU in diesen Punkten alte Republikanerforderungen eins zu eins übernommen haben. Ich hoffe, Sie werden das nicht nur bei den Worten belassen, sondern ihre Bundestagsfraktion - Wir werden sehr genau wachen, ob den Worten auch Taten folgen werden.

Aber es gibt noch genug andere, für die nach wie vor nicht sein kann, was nicht sein darf. In diese Kategorie ist, denke ich, auch das Vorhaben der PDS einzuordnen, den guten alten Brauch zu durchbrechen, dass im Ausländerbeirat jede Fraktion mit einem Vertreter vorhanden ist. Sondern die PDS möchte einen zweiten Vertreter aufstellen, um uns daraus zu halten. Ich denke, das ist ein bisschen Hohn, denn viele Ausländer hier in Chemnitz sind hergekommen, gerade weil sie vor kommunistischen Gewaltherrschaften fliehen mussten und für diese Ausländer ist es ja eine Zumutung, wenn jetzt die Gesinnungsgenossen ihre einstigen Peiniger im Ausländerbeirat dominieren. Auch dem Ausländer, der hier in Chemnitz anständig lebt, ist am besten damit gedient, wenn seine Belange mit Gradlinigkeit und Realitätssinn vertreten werden. Danke schön.“

4.3. Fraktionserklärung aus aktuellem Anlass - 60. Jahrestag Kriegsende - Martin Kohlmann⁴⁸

⁴⁸ Wortprotokoll vom 20.4. 2005.

„Zu diesem - in diesen Tagen, wo sich das Ende des Krieges zum 60. Male jährt, ist verständlicherweise von diesem Thema viel die Rede. Auch in der letzten Sitzung war das bereits schon der Fall. Und eigentlich sind die immer gleichen Parolen der Unbelehrbaren, ewig Gestrigen, im Schlag eines Herrn Gintschel⁴⁹ nicht wert, dass man sich damit befasst. Aber die Tatsache, dass diese Äußerungen in diesem Stadtrat fallen oder in anderen Fällen sogar im Namen der Stadt und der Hintergrund, dass hochrangige Mitglieder der Stadtverwaltung an diesem 8. Mai mit den damaligen Siegern unsere Niederlage feiern werden, veranlassen mich doch zu ein paar Worten.

Die wenigen Minuten reichen sicherlich nicht für eine langwierige historische Erörterung, und bei mir wird da ja immer ein bisschen deutlicher auf die Uhr geschaut. Fakt ist aber, wer das, was unserem Land 45 und danach passiert ist, als einzige und unmittelbare Folge von einem 1.9.39 begreift oder darstellt, der hat genauso wenig Ahnung von Geschichte wie diese Leute, die sagen zwischen dem 1.9.39 und diesen Ereignissen gäbe es keinen Zusammenhang.

Ich möchte hier nicht viel vorbringen, von dem was passiert ist, aber ich möchte schon ein paar Worte der angeblichen Befreier zitieren, vielleicht öffnet das ja manchen die Augen. Der englische Premierminister sagte am 3. September 1939 - der Tag der britischen Kriegserklärung an Deutschland-: „Dieser Krieg ist ein englischer Krieg und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands“. Und 45 sagte er: „Wir hätten, wenn wir gewollt hätten, ohne einen Schuss zu tun, verhindern können, dass der Krieg ausbrach, aber wir wollten nicht.“ Der britische Außenminister sagte am 3. September 39: „Jetzt haben wir Hitler zum Krieg gezwungen.“ In der amerikanischen Direktive jcs 1067 aus 1944 heißt es klipp und klar: „Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke der Befreiung, sondern als besiegte Feindnation“. Der russische Propagandachef Ilja Ehrenburg wandte sich in einer Rede an die Rote Armee mit den Worten: „Brecht den Rassenstolz der germanischen Frauen, betrachtet sie als eure rechtmäßige Beute“. Wer diese Untaten verharmlost oder gar rechtfertigt, stellt sich mit den Verbrechern von damals auf dieselbe moralische Stufe.

Wir gedenken an diesem Tage, an diesem 8. Mai, aller Opfer dieses schrecklichen Krieges und der Opfer des bisher schrecklichsten Friedens der Weltgeschichte, der danach folgte. Wir gedenken der Millionen kriegstoten Soldaten und wir gedenken der über 3 Millionen nach Kriegsende in alliierten Lagern - ob sowjetisch, amerikanisch oder französisch - umgekommenen deutschen Soldaten nach Kriegsende.

Oberbürgermeister: *Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kohlmann.*

Herr Kohlmann: *Ja, da haben Sie bei Herrn Langer⁵⁰ auch nicht so genau hingeschaut.*

Oberbürgermeister: *Das war innerhalb der Zeit.*

⁴⁹ Hubert Gintschel, Fraktionsvorsitzender der Fraktion Die Linke.

⁵⁰ Eberhard Langer, Oberbürgermeister von Chemnitz 1986 – 1990 und Mitglied der Fraktion Die Linke.

Herr Kohlmann: *Nein, war es nicht. . . . wir gedenken der tausend Toten in den KZ ...*

Oberbürgermeister: *Schluss jetzt, ...*

Herr Kohlmann: *...vor der Befreiung, und wir gedenken der tausend Toten...*

Oberbürgermeister: *Komm', setzen Sie sich hin. (Bemerkungen im Saal) Komm' gehen Sie. Wissen Sie, ich kann da - Herr Kohlmann, wenn ich Sie so höre, da möchte ich mal den großen deutschen Maler Max Liebermann zitieren. Er war Jude, wurde von den Nazis verfolgt und er sagte: „Ich kann gar nicht so viel fressen, wie ich kotzen möchte“. (Beifall) - Max Liebermann. Ich kann nur hoffen, dass alle die Sie gewählt haben, diese Auftritte hier wahrnehmen. So, gibt es weitere Fraktionserklärungen?“*

4.4. Fraktionserklärung aus aktuellem Anlass - 17 Jahre Wende - Michael Haubold⁵¹

„Werte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, 17 Jahre sind seit den stürmischen Ereignissen im Herbst 1989 vergangen. Es hat sich seit dieser Zeit dermaßen viel verändert, dass die damaligen Erlebnisse schon weit aus dem Blickfeld der Menschen entrückt sind. Und aus diesem Grunde ist es wichtig gerade jetzt im Oktober sich wieder an die Geschehnisse erinnern, die vielen Menschen Mut und Hoffnung gaben. Aber auch gleichzeitig die Realität nicht zu verdrängen, dass mit Hilfe von Lüge, Betrug, Manipulationen, Bestechung menschenverachtenden Verrat und anderen Gemeinheiten sich ein System soweit von der Bevölkerungsbasis entfernt hatte, dass die freie Meinung als staatsfeindliche Hetze verfolgt wurde.

Während die politische Führung im Dilemma und in großer Ratlosigkeit steckt, spielen die offiziellen Medien immer noch eine heile Welt vor. Zugleich verstärkten sich die Forderungen der Basisgruppen, statt eines vormundschaftlichen von der Partei beherrschten Staates, dass sie ohne gesellschaftlichen Auftrag zum Direktor und Lehrmeister des Volkes erhoben hat, wollen wir einen Staat, der der Gesellschaft gegenüber rechenschaftspflichtig ist und so zur öffentlichen Angelegenheit mündiger Bürgerinnen und Bürger wird. In diesem Zusammenhang ebenso eine Absage an Prinzip und Praxis der Abgrenzung und Ausgrenzung.

Eine Erklärung des Politbüros, die am Abend des 11. Oktobers 1989 bekannt gegeben wird, trägt verdächtig viele parallele Züge zu den von heute praktizierten politischen Beziehungen zur Basis, also dem Volk. Einerseits heißt es dort gemeinsam wollen wir über alle grundlegenden Fragen unserer Gesellschaft beraten und der Sozialismus braucht jeden, er hat Platz und Perspektive für alle. Ein sachlicher Dialog und ein vertrauensvolles politisches Miteinander werden angeregt. Andererseits werden jene Kräfte, die das einfordern, als verantwortungslose

⁵¹ Wortprotokoll vom 11.10. 2006.

Störer von Ruhe und Ordnung bezeichnet oder gar als Konterrevolutionäre, ja sogar als Handlanger des Faschismus gebrandmarkt. Und schließlich finden sich in der Erklärung auch die alten Dogmen wieder, der Führungsanspruch der Partei und die Behauptung, dass bereits alle erforderlichen Formen der Demokratie vorhanden sein. Und wer dies anders sagt, bekommt das Wort verboten.

Bis heute, so scheint es mir, wurde dieses System entweder noch nicht überwunden oder schon wieder, nur jetzt raffinierter getarnt, neu installiert. Der Freiheitswille unseres Volkes lässt sich aber nicht mit Tinte und Papier verbieten. Demokratie lässt sich auch nicht wie ein Medikament durch selbsternannte Demokraten von oben verordnen, sondern sie muss und wird sich durch das Volkes Wille immer neu erkämpft werden. Und daher sind wir, die Fraktion Die Republikaner / DSU fest entschlossen, an dem Vermächtnis der friedlichen Revolution von 89 festzuhalten und auch weiterhin zur demokratischen Meinungs- und Willensbildung beizutragen. Und somit eventuell politische oder auch wirtschaftliche Fehlleistungen, etablierter Parteien entgegenzuwirken. Vom freien Wähler einer demokratischen Wahl wurden wir dazu autorisiert. Darum mehr freiheitliche Demokratie und weniger diktatorische Zensur. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

4.5. Redebeitrag zu B-123/2008 - Rahmenplan zur Integration von Migranten in Chemnitz - Cornelia Horn⁵²

Fraktion DIE REPUBLIKANER,⁵³ Cornelia Horn. Sehr geehrte Damen und Herren, das am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz ist ein Gesetz gegen den Mehrheitswillen des Souveräns unserer angeblichen Demokratie. Der sogenannte Anspruch auf Integration heißt im Klartext nicht anderes als die Forderung und Ansiedlung von noch mehr Ausländern innerhalb der Staatsgrenzen der BRD, bei gleichzeitiger Benachteiligung der Mehrheit der deutschstämmigen Bevölkerung. Alles was fremd ist wird gefördert, alles Deutsche wird verdrängt und sogar ausgegrenzt und verwahrlost. Das Wort Integration wird in seiner Bedeutung völlig falsch interpretiert und es bedeutet nichts anderes als Verbindung Einordnung eines Gliedes in ein Ganzes praktisch eines Gliedesgruppe in ein Volk. Und ist in Begriff Assimilation gleich zu setzen. Würden sich viele dieser Fremden bei uns einordnen, dann gaben sie ihre Wurzeln, ihre Kultur und ihre Religion auch auf.

Die vorgegebenen Leitlinien bzw. Handlungsfelder in dieser Beschlussvorlage sind daher ein Widerspruch in sich selbst. Was in ihrer Beschlussvorlage fordern, ist in Wirklichkeit die zwangsweise Hinnahme von Parallelgesellschaften, das geht klar und deutlich auch daraus hervor. In eines der Leitziele wird die Förderung des Dialoges unterschiedlicher Religionen angepriesen. Dass dies nicht funktioniert, wissen Sie genauso gut wie wir. Da die Inhalte einiger Religionen völlig gegensätzlich zu unserer Religion und mit unserem noch bestehenden

⁵² Wortprotokoll vom 11.06.2008.

⁵³ Cornelia Horn verwendet hier bezeichnenderweise selbst noch den Namen „Fraktion Die Republikaner“.

Grundgesetz niemals in Einklang gebracht werden können.

Zweitens - die Förderung der angeblichen Eingliederung von Ausländern einerseits und andererseits das kulturelle Ausleben dieser Menschen ist ebenfalls ein Widerspruch in sich und hat mit Eingliederung in unserer Kultur, sofern diese hier überhaupt noch vorhanden ist, wenig zu tun. Da bleibt den Deutschen nur eines übrig, die eigene deutsche Identität aufzugeben und den anderen nachzulaufen, sie verhunzen ihre Sprache und vergessen die eigene Kultur. Die Zuwanderungs- und Integrationspläne der volksfremden BRD-Führung sind keine Bereicherung unserer Gesellschaft, sondern eine Verarmung.

Jeder Mann, der mit offenen Augen durch unser Land und unsere Stadt geht, kann die zunehmende finanzielle geistig moralische und kulturelle Verarmung unserer Menschen beobachten. Wenn der Förderung der Integrationen unserer Stadt schon lange einen hohen Stellenwert beigemessen worden sein soll, dann ganz gewiss nicht bei den Chemnitzern, die gezwungen werden die Lasten dieses folgenschweren Vorhabens mit ihren Steuergeldern zu finanzieren und auch nicht bei den Chemnitzern auf der Schattenseite, die dies mit sozialer und kultureller Verarmung für die mit Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit bezahlen müssen.

In unserem Land wurden politische und gesellschaftliche Verhältnisse geschaffen in dem kaum jemand wagt sich gegen diesen Wahnsinn mit bitterbösen Folgen für uns alle aufzulehnen, aus Angst den Arbeitsplatz zu verlieren oder in Existenznöte getrieben zu werden oder aber auch Angst öffentlich an den Pranger gestellt und von den Medien als Rechtsextremist oder ausländerfeindlich gebrandmarkt zu werden, Natürlich tragen solche Beschimpfungen keinerlei den Erkenntniszuwachs bei, geschweige denn zu Lösung der gegenwärtigen Probleme. Der brave Deutsche wird zur Duldsamkeit (Toleranz) gezwungen, denn er muss hinnehmen was er nicht möchte und wird somit im eigenen Existenzrecht geschnitten.

Die Zuwanderungs- und Integrationspläne beruhen unserer Meinung nach auf einer Lüge, sind eine Diktatur gegen das deutsche Volk mit dem Endergebnis der völligen Auflösung der Souveränität der materiellen Enteignung der Gemeinschaft und des Einzelnen sowie der kulturellen Auslöschung des Volkes. Vor diesem Hintergrund erübrigt sich eigentlich jedes weitere vernünftige Wort zu dieser Beschlussvorlage. Unsere Fraktion wird daher dagegen stimmen. Danke.

4.6. Fraktionserklärung aus aktuellem Anlass - Beseitigung des Wandbildes von Benjamin Jan Zschocke - Martin Kohlmann⁵⁴

Sehr geehrte Frau FDJ-Sekretärin, Herr Bilderstürmer, liebe Bürgermeister, meine Damen und Herren, Kollegen Stadträte

⁵⁴ Wortprotokoll vom 29.4.2009.

Oberbürgermeisterin: *Sehr geehrter Herr Kohlmann, ich würde Sie bitten, entweder hier die Personen, um die es geht, richtig anzureden oder es zu lassen; entweder Sie fügen sich in die Ordnung, die wir uns gemeinsam gegeben haben oder Sie lassen das sein.*

Herr Kohlmann: *gut, mach ich, selbstverständlich - dann darf ich jetzt fortfahren?*

Oberbürgermeisterin: *Im Übrigen ist auch das Zeigen von irgendwelchen Dingen verboten. Und die Anrede könnte ich Ihnen im Übrigen sofort, könnte ich Ihnen sofort verbieten, weil das auch noch die Unwahrheit ist - aber darum geht's überhaupt gar nicht. Das ist mir einfach auch nicht wichtig genug.*

Herr Kohlmann: *Ja, das - Der Stadtratssaal leert sich, das ist schön. Ich hoffe, dass die ganzen Leute nach der Wahl auch alle nicht mehr da sind. Also fahre ich fort, liebe Bürgerinnen und Bürger oben auf der Tribüne, verehrte Vertreter der Medien, liebe Hetzer und Lügner von der „Morgenpost“. Zunächst sehe ich mich veranlasst, ein rumgeisterndes Gerücht zu dementieren. Und zwar muss ich klarstellen: Es entspricht nicht den Tatsachen, dass der Herr Berthold Brehm prozentual an dem Umsatz, dem Herrn Jan Zschocke jetzt durch die bundesweite, durch das bundesweite Medienecho entstanden ist, beteiligt ist. Das ist also nicht die Wahrheit. Der Herr Brehm bekommt davon nichts.*

Ja, aber um ein wenig ernster zu machen - Vielleicht können wir mal die Türen schließen, damit der Krawall von draußen nicht so rein dringt.

Oberbürgermeisterin: *Bissel frische Luft ist doch auch schön.*

Herr Kohlmann: *Sorgen Sie mal für Ordnung hier im Sitzungssaal. Ich rege an, dass Sie die Stadtratssitzung beenden. Die Beschlussfähigkeit ist augenscheinlich nicht mehr gegeben.*

Oberbürgermeisterin: *Wir haben nichts zu beschließen.*

Herr Kohlmann: *Gut, Chemnitz ist wieder um einen großen Skandal reicher geworden. Diesmal geht es nicht um Unterschlagung, Korruption oder städtebauliches Versagen, wie sonst so oft, sondern um zerstörerischen Fatalismus.*

Im Grundgesetz der Bundesrepublik garantiert Artikel 5 Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Eine Zensur findet nicht statt. Es geht wie Sie sicher erraten können um das große Wandbild von Benjamin Jan Zschocke. Durch die skandalöse Kunstvernichtung auf Anweisung der Oberbürgermeisterin ist für jeden sichtbar geworden, dass das ganze Gerede von Demokratie, Toleranz und Meinungsfreiheit für die Herrscher in dieser Stadt nur Makulatur ist. Die Maske dieser guten Menschen ist endgültig gefallen.

Im vorausseilenden Gehorsam ist unser Schuldezernent Herr Brehm Erfüllungsgehilfe von Leuten geworden, die vor 89 dem Unrechtsstaat DDR ihre Treue gelobten, ja sich sogar teilweise

auf der Parteikaderschule in Mittweida ausbilden ließen bzw. selbst ausgebildet haben, wie die Frau Zais. Ungestraft konnten sie die politische Wende miterleben, ja sogar mitentscheiden, um nun mit dreister Unverschämtheit Andersdenkende erneut in stalinistischer Manier und faschistoiden Denkschablonen zu bekämpfen. Von freiheitlicher Demokratie keine Spur.

In diesem Land werden mit Kommunisten Regierungen gebildet, aber anständige Bürger mit konservativer Gesinnung werden diffamiert. Man hat sich in diesem Kontext auf die Formel geeinigt: Rechts gleich kriminell. Diese Wahnsinnskampagne zur Diffamierung aller Konservativen und Rechten dient letzten Endes dazu, vom großen politischen wie auch wirtschaftlichen Versagen der Regierung abzulenken, um eine wirklich demokratische Selbstbestimmung unseres Volkes von vornherein auszuschließen. Weil der Sozialismus gescheitert ist, tritt eine neue Ideologie der Linken auf den Plan. Und die heißt Antifaschismus; und Antifa bedeutet viel zu oft Gewalt, wie wir das auch in Chemnitz oft sehen. Auf Initiative der Antifa-Aktivistin Zais nebst Anhang wurde nun durch die Stadtverwaltung

Oberbürgermeisterin: Herr Kohlmann, ich bitte Sie zu Ende zu bringen; die Redezeit ist gleich rum.

Herr Kohlmann: ... das besagte Wandgemälde in der Berufsschule - der Herr Zschocke [gemeint ist hier der Fraktionsvorsitzende der Grünen] hat viel länger geredet - rigoros beseitigt.

Oberbürgermeisterin: Es geht nicht darum, was Sie empfinden, sondern wie es ist. Und Ihre Redezeit ist gleich um.

Herr Kohlmann: Gut, dann komme ich gleich zum Ende. Wir hätten niemals damit gerechnet, dass in Deutschland nach den Erfahrungen mit der DDR noch einmal die Gefahr besteht, erneut Opfer von verkapptem Stasi-Terror zu werden. Doch wie die Pressereaktionen und vor allem die Leserbriefe zeigen, gibt es immer mehr Bürger in der Stadt, die nicht bereit sind, diesen Unfug länger hinzunehmen. Unsere Forderung lautet daher:

Oberbürgermeisterin: Jetzt bitte ich Sie zu Ende zu kommen, sonst muss ich Ihnen das Mikrofon...

Herr Kohlmann: Herr Brehm, treten Sie von Ihrem Amt zurück, ansonsten sind Sie eine - mit Ihren Worten - aufgedrängte Zumutung für unsere Stadt; denn der Skandal ist nicht das Bild, sondern die diktatorische Handlungsweise. In unserem Grundgesetz steht, dass niemand auf Grund seiner politischen Gesinnung benachteiligt werden darf. Ich hab' deshalb ein Grundgesetz als Geschenk mitgebracht. Das werde ich dem Herrn Brehm jetzt überreichen. Er ist leider nicht da, deshalb leg' ich es ihm auf den Platz. Außerdem kommt mir der Verdacht, dass ich Sie alle viel zu ernst nehme, ... (laute Glocke) habe ich für den Kulturkannibalen Brehm noch ein kleines Andenken gemacht: Die schönsten Chemnitzer Keltenkreuze.

Oberbürgermeisterin: Herr Kohlmann, es ist jetzt Schluss. Ihre Redezeit ist um und Sie hören

jetzt hier auf.

Herr Kohlmann: ... *denn der Herr Brehm reiht sich nahtlos ein, reiht sich nahtlos ein in das, was die Taliban vor Jahren (Mikrofon abgeschaltet; Redner spricht ohne weiter.). Herrn Brehm zum Kulturkannibalen der Stadt Chemnitz.*

Oberbürgermeisterin: *Ich ermahne Sie zum letzten Mal, hier aufzuhören Herr Kohlmann, ich weise Sie darauf hin, dass ich Sie jetzt das dritte Mal ermahnt habe. Und wenn Sie nicht sofort mit diesem Blödsinn aufhören, dann schließe ich Sie aus der Sitzung aus. (unverständliche Erwiderung aus dem Hintergrund - allgemeines kontroverses Debattieren über längere Zeit) Herr Kohlmann, ich weise Sie darauf hin, auch zur Kenntnis der Stadträtinnen und Stadträte, dass Sie jetzt zweimal meinem Ordnungsruf nicht gefolgt sind. Sollten Sie heute noch einmal dies tun, werde ich Sie aus der Sitzung nach dem entsprechenden Paragraphen, den wir dafür haben, entfernen. Und Sie sollten das wissen. Und alles Andere werden wir dann hinterher noch auswerten.*